

## Neue Engels-Lektüre?

*Beiträge zur Marx-Engels-Forschung Neue Folge 2008. Das Spätwerk von Friedrich Engels. Zur Edition in der Marx-Engels-Gesamtausgabe, Hamburg 2008, 284 S., 19,90 Euro*

Friedrich Engels und Paul Lafargue sind sich in der Beurteilung der französischen Innenpolitik uneinig gewesen. Stein des Anstoßes war in den späten 1880er Jahren ein gewisser Georges-Ernest-Jean-Marie Boulanger (1837-1891). Ein ausgesprochener Populist, der als Kriegsminister einen Spionagefall zum Anlass nahm, um dem Deutschen Reich die Zähne zu zeigen. Und als Kandidat der Ligue des Patriotes rührte Boulanger die Trommel für den Wiedererwerb Elsass-Lothringens und die Revision der Verfassung. So stand Boulanger für die Unzufriedenheit mit einer Republik, die man für soziale Gegensätze, Spekulation und Korruption verantwortlich machte. Während nun Lafargue dem Populisten die Kritik an den politischen Verhältnissen zugute halten wollte, beunruhigte Engels das spektakuläre Phänomen selbst. Offenbar gewannen mit der Demokratisierung Erscheinungen wie der Populismus in Frankreich oder die „irische Frage“ in Großbritannien an Bedeutung. Georg Fülberth hat sich der strittigen Geschichte in der zu besprechenden Publikation angenommen, die dem „Spätwerk Friedrich Engels“ gewidmet sind.

Wer „Die Auseinandersetzung zwischen Friedrich Engels und Paul Lafargue über Boulanger 1887-1891“ liest, wird an Jörg Haider oder Jean Marie Le Pen denken. Und er wird sich vielleicht auch fragen, wie es um

das Verständnis des Populismus bestellt ist. Wie ist diese spezifische Anrufung von Nation, Familie, Natur und auch Religion zu begreifen? Das sind Fragen, denen sich Engels in „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“ und in der „Einleitung“ zu Marxens „Klassenkämpfe in Frankreich“ mehr oder weniger gestellt hat. Ein Schlüssel zum „Spätwerk Friedrich Engels“? Bei Fülberth bleibt die Vermutung unausgesprochen. Und für die Herausgeber der Bände I/30 bis I/32 der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA) stehen eher „Umfang und Vielfalt“ (18) des Engelschen Alterswerks im Mittelpunkt. Dafür macht Renate Merkel-Melis, deren jahrzehntelanges Engagement für die Marx-Engels-Werke (MEW) und die MEGA anlässlich ihres 70. Geburtstages in den Beiträgen Rolf Hecker würdigt (7-14), auf die vielen Fachgebiete aufmerksam, mit denen sich Engels „in vorgeschrittenem Alter – zwischen 62 und 74 Jahren“ (23) beschäftigte. Noch für die Herausgabe der MEW (und größtenteils auch der MEGA) galt eine festumrissene Einordnung und Bewertung: Zu Beginn des Imperialismus habe sich Engels um die Entwicklung einer Weltanschauung bemüht. Damit ließen sich die genannten Schriften als Ergänzungslieferungen des „Anti-Dühring“ und der unvollendet gebliebenen „Dialektik der Natur“ verstehen. Aber wie ist das „Spätwerk Friedrich Engels“ zu verstehen, wenn sich das sozialgeschichtliche Verständnis des späten 19. Jahrhunderts, was Fülberth andeutet, verändert hat?

„In seinem Spätwerk verfolgte Engels zuvorderst das Anliegen“, schreibt Merkel-Melis, „das gemeinsam mit Marx geschaffene wissenschaftliche und politische Werk zu verbreiten, zu verteidigen und fortzusetzen.“ (19) Diese Konsolidierungsthese wird von der Engels-Forschung genommen, um Korrekturen und Ergänzungen nachzutragen. Das kommt Anneliese Griese entgegen, wenn sie für „Ludwig Feuerbach...“ feststellen muss, „dass wenigstens bei uns die Engelsschrift lange Zeit nur ungenügend in den historischen und wissenschaftsgeschichtlichen Kontext eingeordnet wurde...“ (48) Aufschlussreich ist auch der von Rolf Hecker gebotene Hintergrund für den Plagiatsvorwurf, den Rodbertus-Anhänger gegen Marx erhoben hatten. Dagegen nützt die These von der Verbreitung, Verteidigung und Fortsetzung des Werks Peer Kössling wenig, der auf einen sich korrigierenden Engels gestoßen ist. „Der alte Engels entwickelte ab etwa frühe Mitte der 1880er Jahre eine neue Sicht auf den welthistorischen Verlauf des bürgerlichen Umwälzungsprozesses...“ (39) Auch die fortgesetzte Engels-Debatte scheint die These von der Konsolidierung und die Orientierung am ‘wissenschaftsgeschichtlichen Kontext’ zu teilen, wengleich sie mit ihrer Realisierung teils der gewählten Metaphern (vgl. Frieder Otto Wolf 140ff.), teils eines ‘heimlichen Positivismus’ wegen unzufrieden ist. Jedenfalls erklärt Falko Schmieder: „Das Spätwerk von Engels steht ganz im Zeichen des doppelten Bemühens, die theoretischen Errungenschaften des Marxschen Werkes mit den Bedürfnissen

der praktischen Politik, zugleich aber auch mit der Fülle des neuen naturwissenschaftlichen Materials zu vermitteln, das die Entwicklung der Naturwissenschaften namentlich seit der Mitte des 19. Jahrhunderts hervorgebracht hatte.“ (198) Allerdings sei in der Engelsschen Auseinandersetzung mit der ‘spekulativen Naturphilosophie’ und dem ‘naturforschenden Materialismus’ die Marxsche These von der Naturgeschichte zu kurz gekommen.

Sollte der erblindete Eugen Karl Dühring (1833-1921) von der sozialdemokratischen Führung überschätzt worden sein, sollte Engels dem politischen Wunsch nach ideologischer Abgrenzung mehr pflichtgemäß nachgekommen sein, und sollte sich Engels mit Boulanger, der irischen Frage und der Politik Bismarcks mehr als rezipiert beschäftigt haben – sollte an diesen Eindrücken des Rezensenten also etwas dran sein – dann wäre an der praktizierten Forschungs- und Diskussionsthese für das „Spätwerk Friedrich Engels“ allerdings zu zweifeln.

*Fritz Fiehler*

## **DDR-Archive zur Geschichte der Arbeiterbewegung**

*Günter Benser, Was geschah mit den Archiven und Bibliotheken von Parteien und Organisationen der DDR? Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte. hefte zur ddr-geschichte 113. Berlin 2008*

Diese Publikation ist die wesentlich erweiterte und durch einen Dokumentenanhang ergänzte Fassung eines Vortrages, der am 8. Mai 2008 in der Klas-

se Sozial- und Geisteswissenschaften der Leibniz-Sozietät gehalten wurde und in ursprünglichem Umfang zur Veröffentlichung in den Sitzungsberichten der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften vorgesehen ist. Mich berührt sie insofern auch sehr persönlich, da ich dem am 6. März 1991 gegründeten „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ seit Beginn angehöre. Außerdem erinnert sie an das unvergessliche Rosa-Luxemburg-Symposium am 5./6. März 1991 in Berlin, das unter der Fragestellung „Was weiter?“ für die Zusammenarbeit der in der Internationalen Rosa Luxemburg Gesellschaft unter Prof. Dr. Narihiko Ito, Tokio, vereinigten Forscher neue Impulse gab.<sup>1</sup> Der Inhalt des Heftes 113 geht selbstverständlich weit darüber hinaus. Günter Benser, langjähriger engagierter und im Frühjahr 2009 erneut wiedergewählter Vorsitzender des Förderkreises, vermittelt konkreten Aufschluss über den Werdegang des Zentralen Parteiarchivs (ZPA) und der mit ihm verbundenen Bibliothek des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED in Berlin. Das von diesen Einrichtungen gesammelte und sicher aufbewahrte Archiv- und Kulturgut ist ein unersetzbarer Fundus für die Erforschung der Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, für die Herausgabe der Marx-Engels-Gesamtausgabe und der damit verbundenen Marx-Engels-Forschung und nicht zuletzt für Untersuchungen zur

Geschichte der DDR. Die Darstellung gewährt Einblick in die heftigen Auseinandersetzungen um das künftige Schicksal von Archiv und Bibliothek der SED sowie der Überlieferungen aller Parteien und Organisationen der DDR, die von Anfang 1990 bis Anfang 1993 stattgefunden haben. Der Autor schildert detailliert Gefährdungen und Befürchtungen sowie die unterschiedlichen Interessen und Pläne. So berichtet er u. a. von der Idee eines „Nationalarchivs“ bzw. eines „Zentralarchivs der DDR“, über das Projekt eines paritätischen gemeinnützigen Vereins von PDS und Friedrich-Ebert-Stiftung und über die Gedanken zu einer unselbstständigen Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde. Als sich über ein Jahr keine Lösung abzuzeichnen begann, ergriffen die Leiterin des ZPA Inge Pardon, der Leiter der Bibliothek Jürgen Stroech und der Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung Günter Benser am 6. März 1991 die Initiative, gemeinsam mit Teilnehmern des Rosa-Luxemburg-Symposiums den „Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung“ zu bilden. Zum Vorsitzenden wurde Dr. Henryk Skrzypczak, Begründer und Herausgeber der in Westberlin erscheinenden „Internationalen Wissenschaftlichen Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ (IWK) gewählt. Die unter seinem engagierten Einsatz vielseitigen Bemühungen des Förderkreises werden verdeutlicht. Schließlich galt es gegen widerwärtige Anfeindungen und Bedrohungen eine Lösung zu erstrei-

<sup>1</sup> Siehe Luxemburg-Bild im Meinungsstreit. Materialien des Rosa-Luxemburg-Symposiums in Berlin am 5./6. März 1991. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 33. Jg. 1991, Heft 4.

ten, die die Archiv- und Bibliotheksbestände im ursprünglichen Zustand bewahren und frei zugänglich machen sollten. Der Präsident des Bundesarchivs, Prof. Dr. Friedrich Kahlenberg, und der zum Direktor der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR auserkorene Dr. Konrad Reiser halfen problem- und verantwortungsbewußt mit, dem Projekt SAPMO im Bundesarchiv zum Erfolg zu verhelfen. Zur Zeit verfügt die Stiftung über etwa 11.336 lfm Archivschriftgut und über 1.700.000 bibliographische Einheiten, was 34.216 lfm entspricht. Das Bildarchiv umfasst ca 1.725.000 Bilder. Außerdem gehören zu den Beständen 30.200 Plakate und 5.800 Tonträger. „Die SAPMO-BArch beschäftigt knapp 60 Mitarbeiter. 2007 wurden im Lesesaal des Archivs knapp 4.800 und im Lesesaal der Bibliothek 4.806 Benutzer gezählt. Damit liegt die Stiftung weit über dem Bundesarchivdurchschnitt.“ (S. 32) Im Anhang befinden sich neun Dokumente über den Kampf um die Rettung der Archiv- und Bibliotheksbestände von 1990 bis 1992 und ein Verzeichnis der Parteien und Organisationen der DDR, deren Überlieferungen in die Stiftung eingebracht worden sind.<sup>2</sup> Da die CDU (Ost) und die DBD in

der CDU, die LDPD und NDPD in der FDP aufgingen, wurden deren Archive und Bibliotheken Eigentum von CDU und FDP und folglich nicht Bestandteil der SAPMO-BArch.

Aus eigenen Erfahrungen kann ich nur unterstreichen, was Günter Benser am Ende seiner Bilanz feststellt: „Gleichwohl – gemessen an den Turbulenzen und Gefährdungen, denen Archive und Bibliotheken in den Jahren der Transformation ausgesetzt waren, gemessen an den Anfeindungen und Angriffen, die jene Leute über sich ergehen lassen mussten, die sich für die Bewahrung und den Fortbestand dieses Kulturgutes verantwortlich fühlten und einsetzten, aber auch gemessen an der zu DDR-Zeiten geübten Geheimniskrämerei, der bürokratischen Willkür und obrigkeitlichen Gängelei darf die Gründung und Entwicklung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv mit Fug und Recht als eine akzeptable, tragfähige und zukunftssträchtige Lösung bezeichnet werden.“ (S. 34) Die in der Publikation nacherlebten Auseinandersetzungen um dieses Resultat, die von konsequent, geduldig und einfallreich kämpfenden Akteuren wie Gregor Gysi, Klaus Höpcke, Inge Pardon, Jürgen Stroech, Günter Benser, Henryk Skrzypczak und vielen weiteren mutigen Mitstreitern geführt wurden, sind „ein aufschlussreiches Stück jüngster deutscher Wissenschaftsgeschichte. Schließlich ging es um den Umgang mit unersetzlichen Quellen für historische, soziologische und politische Studien.“ (S. 5)

*Annelies Laschitzka*

<sup>2</sup> Siehe auch Inge Pardon, Das Zentrale Parteiarchiv unter veränderten politischen Rahmenbedingungen (1990-1992). Zur Sicherung und Bewahrung seiner Bestände. Abschlussarbeit im Postgradualen Studium Archivwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin 1992. - Älter ist nicht alt genug. Festschrift zum 80.Geburtstag von Henryk Skrzypczak. Hrsg. v. Günter Benser im Auftrage des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2007.

## Luxemburgs Umfeld

*Ottokar Luban, Rosa Luxemburgs Demokratiekonzept. Ihre Kritik an Lenin und ihr politisches Wirken 1913-1919, GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft für Sachsen/Berlin mbH, Schkeuditz 2008, 314 S., 14,50 Euro*

Ottokar Luban – Sekretär der Internationalen Rosa-Luxemburg-Gesellschaft – forscht und veröffentlicht seit vielen Jahren zur Geschichte der Arbeiterbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Sein Schwerpunkt ist dabei die Spartakusbewegung. Lubans Publikationen basieren stets auf intensiven Quellenstudien in deutschen und ausländischen Archiven. Er ist ein Mensch der akribischen Recherchen und der gründlichen Detailforschungen auch hinsichtlich solcher Quellen, in denen man nicht unbedingt wichtige und interessante Informationen vermuten kann. Dass eine derartige akribische Forschungstätigkeit jedoch bedeutende neue Forschungsergebnisse erbringen kann, zeigt Lubans Beitrag auf den Seiten 172-195 in diesem Band über die Führung und die Basis des Rosa-Luxemburg-Karl-Liebnecht-Kreises (Spartakusgruppe) in den Jahren 1915-1918. Für diese Recherche auf Basis von Archivmaterialien hat Luban einen Bestand mit Akten des Oberreichsanwalts beim Reichsgericht ausgewertet, der sich heute im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde befindet.

Dieser Beitrag ist jedoch nur einer von insgesamt zwölf Aufsätzen über Rosa Luxemburg und ihr näheres Umfeld, die bisher weit verstreut in

verschiedensten Publikationen erschienen sind. Sie wurden von dem Autor jeweils auf den neuesten Stand der Forschung gebracht.

Die Artikel des Bandes thematisieren drei Komplexe: In dem ersten Teil werden Grundlagen der Theoriekonzeptionen Rosa Luxemburgs behandelt, im zweiten Aspekte ihres praktischen Wirkens in der Arbeiterbewegung, und im dritten Teil werden schließlich biografische Skizzen über Menschen aus dem engeren Umfeld von Rosa Luxemburg vorgestellt.

Nach seiner Vorbemerkung – in der er auf das auch international große Interesse an den Ideen, dem Leben und dem Wirken von Rosa Luxemburg als einer Vertreterin eines stark basisorientierten, demokratischen, freiheitlichen und internationalistischen Sozialismus hinweist – geht Luban im ersten Themenkomplex mit einem Beitrag zunächst auf Rosa Luxemburgs Demokratiekonzeption (11-25) und anschließend in einem damit eng zusammenhängenden weiteren Beitrag auf Luxemburgs Kritik an der Parteikonzeption Lenins sowie ihre Kritik an der Revolutionspolitik der Bolschewiki in Russland ein (26-42).<sup>3</sup> Verbunden mit diesen bei-

<sup>3</sup> In Bezug auf die nach wie vor sehr kontroversen Diskussionen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den politischen Konzeptionen von Lenin und Rosa Luxemburg sei hier auf eine neue Studie verwiesen: Ulla Plener, Rosa Luxemburg und Lenin. Gemeinsamkeiten und Kontroversen, Berlin 2009. Die Autorin wendet sich gegen eine undifferenzierte Gegenüberstellung von Lenin und Rosa Luxemburg. Sie verweist dabei u.a. auch auf Wolfgang Abendroths Kritik an einer derartigen „dogmatischen Gegenüberstellung“.

den Beiträgen ist schließlich wiederum Lubans Kritik an der Haltung der SED zu Rosa Luxemburg und dem so genannten Luxemburgismus (43-50).

Im zweiten Komplex arbeitet Luban in dem Artikel über „Die revolutionäre Ungeduld“ Luxemburgs Kritik an der Politik der rechten SPD-Führer, deren Übergang zur Kriegspolitik sowie zur „Burgfriedenspolitik“ in den Jahren 1914-1918 heraus (51-66). Ergänzt wird dieser Artikel erstens durch einen Beitrag über Luxemburgs Engagement für den politischen Massenstreik, in dem Luban zwei bislang unveröffentlichte Ansprachen Luxemburgs aus dem Sommer 1913 analysiert, die sich in den Akten der Politischen Polizei in Berlin befinden. Interessant ist hier u.a. auch Lubans Hinweis darauf, auf welche Weise die Politische Polizei an diese parteiinternen Materialien gekommen ist (118-126). Und zweitens wird der Artikel durch einen ausführlicheren Beitrag über die Spartakusgruppe, die Revolutionären Obleute und die Massenstreiks ergänzt, auf die Luxemburg wegen ihrer Haft nur geringen Einfluss nehmen konnte. Ein wichtiges Anliegen Lubans ist es hier, die Rolle von Leo Jogiches darzustellen (127-171). In dem Beitrag „Die ratlose Rosa. Die KPD-Führung im Berliner Januaraufstand 1919“ (67-117) werden von dem Autor neue Akzente gesetzt. Er weist detailliert und genau anhand von bekannten, aber auch von bislang wenig genutzten Quellen nach, dass Rosa Luxemburg zunächst nicht auf den Aufstand oder gar auf den Bürgerkrieg orientiert war. Luban geht hier auch auf die aus seiner Sicht illusionären Tendenzen und po-

litischen Fehlbeurteilungen sowie eine daraus folgende falsche Taktik und Zielsetzung Rosa Luxemburgs ein.

Im letzten Teil des Bandes werden – teilweise erstmalig – biografische Skizzen über Kampfgefährtinnen, Freundinnen und Sympathisanten von Rosa Luxemburg präsentiert. Zu Recht weist Luban darauf hin, dass ohne die Unterstützung von Persönlichkeiten wie Mathilde Jacob, Fanny Thomas-Jeziarska und Julius Gerson sowie Eduard Fuchs Menschen wie Rosa Luxemburg nicht ihre politische Wirksamkeit hätten entfalten können. In dem Artikel über den Einfluss von Clara Zetkin auf die Spartakusgruppe (229-239) fördert der Autor zahlreiche neue Details zutage und kritisiert fundiert die bisherigen Untersuchungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Clara Zetkin und der Spartakusgruppe.

Andreas Diers

## **Die österreichischen Arbeiter im ersten Weltkrieg**

*Hans Hautmann (Hg.), „Wir sind keine Hunde“. Das Protokoll des Arbeitertages vom 5. November 1916 in Wien. Mit einem Anhang: „Zur Naturgeschichte des Eisenkartells“ (= Alfred Klahr Gesellschaft. Quellen und Studien, Sonderband 11), Eigenverlag, Wien 2009, 112 S., 8,00 Euro*

Seinen bedeutenden Verdiensten um die Erforschung und Darstellung der österreichischen Arbeiterbewegung hat der marxistische Linzer Historiker Hans Hautmann ein weiteres hinzugefügt. Er publiziert zwei Quellen unterschiedlicher Sprache, obwohl beide in deutschen Worten abgefasst

sind. Das ist zum ersten das Protokoll des denkwürdigen Arbeitertages von Wien, der Aufschrei der im Kriege bis aufs Blut gepeinigten „Arbeitnehmer“ (S. 37-97), dessen erster Druck von 1920 heute nur schwer zugänglich ist. Zum zweiten handelt es sich um den Bericht der Wiener „Arbeiter-Zeitung“ vom 4. April 1918 über eine Sitzung der Magnaten der österreichischen Eisenindustrie mit dem Kriegsminister im Oktober 1917, in der die „Arbeitgeber“ die „Arbeiterfrage“ aus der Sicht der Kriegsprofiteure in aller Offenheit diskutierten (S. 101-105).

Der kleine Band macht aber nicht nur Fachleuten fast vergessene Quellen wieder zugänglich. Hautmann stellt seine Edition vielmehr in den Kontext aktueller Geschehnisse, in denen „ständig wiederholte Botschaften wie ‚Effizienz‘, ‚Leistungsgesellschaft‘, ‚Marktwirtschaftlichkeit‘, ‚Deregulierung‘, ‚unternehmerisches Denken‘, ‚Flexibilität‘ usw. das Urteilsvermögen der Lohnabhängigen zermürben und kapitalismuskritisches Denken in Acht und Bann versetzen sollen“. Zugleich sieht er die Quellen zu recht als hilfreich an, wenn 90 Jahre danach die Frage nach den Ursachen der „antkapitalistischen, nach einer sozialistischen Ordnung strebenden Aufbruchstimmung“ der Arbeiter an der Schwelle von der Monarchie zur Republik beantwortet werden soll.

In den Gravamina der österreichischen Arbeiter während des ersten Weltkrieges wird zwar immer wieder darauf hingewiesen, dass die gleichzeitigen deutschen Zustände nicht ganz so brutal waren wie die österreichischen. Dennoch: Dies als richtig unterstellt, sind die Quellen und der

von Hautmann beigegebene material- und kenntnisreiche Kommentar zu ihrer historischen Einordnung auch eine nützliche methodologische Handreichung für die Analyse der Geschichte der sozialen und politischen Verhältnisse im Weltkriegsdeutschland.

Das Protokoll des deutschösterreichischen Arbeitertages 1916 zeichnet durch die nüchtern-sachliche, Beispiel an Beispiel reihende Darstellung der Rechts- und Arbeitsverhältnisse in den österreichischen Kriegsleistungsbetrieben durch die Sprecher der Metall-, Berg-, Bau-, Textil-, Holz-, Brauerei- und Porzellanarbeiter sowie der Sattler, Täschner, Rierner und Heimarbeiterinnen ein erschütterndes Bild von der brutalen Ausbeutung, von der nahezu absoluten Rechtlosigkeit, den erniedrigenden Strafexekutionen vom Arrest bis zur Frontverschickung und von den zahllosen Demütigungen der Arbeiterinnen und Arbeiter während der für die Unternehmer und die „militärischen Leiter“ ihrer Betriebe höchst profitablen Kriegsproduktion. Wir hören den Aufschrei der Gequälten, wir lesen von der Absicht sozialreformerischer Gewerkschafts- und Parteifunktionäre, deren Not als wirkungsvolles Druckmittel für ein Umsteuern der Staatspolitik gegenüber den Arbeitern zu nutzen, und davon, wie diesem Kampf schrittweise auch gewisse Erfolge beschieden waren.

In seinen „Schlussfolgerungen grundsätzlicher Art“ (S. 31-34) hebt Hautmann hervor, dass bei aller linken Kritik an „Burgfrieden“ und Reformismus bei genauer Analyse der Quellen deutlicher werde, „warum die Sozialdemokratie trotz bisweilen heftiger Spannungen zur Arbeiterbasis in

ihr fest verankert blieb“. Die parteioffizielle Unterstützung des imperialistischen Krieges habe nicht bedeutet, die Anhänger und Wähler der Partei in den Betrieben völlig im Stich zu lassen. Proteste der Partei- und Gewerkschaftsführer, die Beibehaltung ihrer antikapitalistischen Attitüde, seien sehr wohl registriert worden und hätten den Arbeitern das Gefühl vermittelt, dass die Sozialdemokratie sich um sie kümmerte und ihnen half. Die Autorität dieser Sozialdemokratie war darauf gegründet, dass sie ihr sozialistisches Ziel bewahrte, nicht etwa einen „gerechteren“ Kapitalismus ansteuerte, sondern noch immer Reformen anstrebte, welche die Ausbeutergesellschaft revolutionieren sollten, also Reformen als Mittel ansah, den Sozialismus zu erreichen. Der reformismuskritische Historiker Hautmann stellt mit Blick auf die gegenwärtige Welt bedauernd fest, dass es eine solche Partei heute nirgends mehr gebe, aber „die Existenz einer sozialdemokratischen Partei mit ehrlichen Reformbestrebungen im ursprünglichen Sinne des Wortes... bereits wieder ein großer Fortschritt“ wäre.

Hautmanns zweite Schlussfolgerung bezieht sich auf die verheerende Wirkung der Massenmanipulation und deren Abnutzung in krisenhaften Situationen. Ohne „einige effektive Zugeständnisse“ werde der Spekulations- und Kasinokapitalismus nicht aus seinem gegenwärtigen Desaster herauskommen. Die Zukunft werde erweisen, „ob das dem Kapitalismus inhärente Gesetz der zyklischen Krisen und die Herrschaftsmethode des abwechselnden Steuerns auf Scharfmacher- und Beschwichtigungskurs

ad infinitum weitergeht, oder ob sich nicht vielleicht doch durch eine Verschiebung der Klassenkräfteverhältnisse Alternativen zum bloßen Hinnehmen der Zustände auftun.“

Hautmanns jüngste Schrift ist der für ihre Leser sehr anregende Beitrag eines marxistischen Historikers mit historischem Stoff zur aktuellen Diskussion über Gegenwart und Zukunft.

Gerhard Engel

## Gramsci und seine Nachfolger

Harald Neubert, *Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer. Erneuerung oder Revisionismus in der kommunistischen Bewegung?* VSA Verlag, Hamburg 2009, 157 S., 14,80 Euro

Zweifellos gibt es eine „Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer“. Alle vier waren (General-) Sekretäre des Partito Comunista Italiano (PCI): Antonio Gramsci (1891-1937) von 1924 bis zu seiner Verhaftung 1926; sein direkter Nachfolger Palmiro Togliatti (1893-1964) von 1926 bis 1964; Luigi Longo (1900-1980) von 1964 bis 1972; Enrico Berlinguer (1922-1984) schließlich von 1972 bis zu seinem plötzlichen Tode. Der Historiker Harald Neubert (geboren 1932), zwischen 1970 und 1990 tätig am Institut für internationale Arbeiterbewegung an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften in Berlin (DDR), der in seinem neuen Buch diese „Linie“ behandelt, hat allerdings mehr im Sinn, als nur an vier mehr oder weniger große Männer des italienischen Kommunismus zu erinnern. Ihm geht es vor allem um eine Linie im Sinne einer Kontinuität im



politisch-strategischen Denken, ausgehend von Gramscis Reflexionen über Hegemonie, Konsens, Zivilgesellschaft und kommunistische Bündnispolitik. Gramscis strategisches Denken, dem Neubert schon 2001 ein Büchlein gewidmet hat („Antonio Gramsci: Hegemonie – Zivilgesellschaft – Partei“), wird in seinem neuen Buch relativ knapp dargestellt. In beiden Publikationen verschweigt Neubert nicht, dass Gramscis Werk, insbesondere die Fragment gebliebenen Gefängnishefte, für unterschiedliche Interpretationen offen ist.

Neubert stellt in seiner Sicht auf die Politik von Gramscis Nachfolgern Palmiro Togliatti in den Mittelpunkt der Betrachtung. Zu Recht, nicht nur wegen seiner fast vier Jahrzehnte dauernden Tätigkeit an der Spitze der italienischen KP: Würde Togliatti als Fortsetzer von Gramscis Werk ausfallen, dann wäre die von Neubert behauptete strategische „Linie“ unterbrochen. Um hier keinen Zweifel aufkommen zu lassen, stellt Neubert Togliatti aus Sicht des Rezensenten allerdings allzu wohlwollend dar. Eine besonders tiefgreifende Kontroverse zwischen Gramsci und Togliatti übergeht er: 1926 hatte Gramsci in einem Brief an das ZK der KPdSU die Schärfe der partei-internen Polemik kritisiert und die streitenden Fraktionen, vor allem die Mehrheitsströmung um Stalin, zur Mäßigung aufgerufen. Togliatti, Vertreter des PCI bei der Komintern, hatte diesen Brief aber nicht an die KPdSU weiter geleitet, was Gramsci nicht akzeptieren konnte. Für das – gelinde gesagt opportunistische – Verhalten Togliattis während seiner Moskauer Jahre lassen sich sicherlich mildernde Umstände

geltend machen: nicht nur die persönliche Lebensgefahr in der Zeit des stalinistischen Terrors, auch die Gefahr eines Bruchs des illegalen PCI mit dem „Vaterland der Werktätigen“.

Keineswegs alternativlos war dagegen die 1944 wesentlich von Togliatti durchgesetzte „Wende von Salerno“, die den Abschied des PCI von einer unmittelbaren Orientierung auf die Revolution bedeutete. Diese Entscheidung als „Verrat“ zu brandmarken, wäre unsinnig. Das Festhalten an einer revolutionären Strategie der Machteroberung hätte nach 1945 wahrscheinlich zum Bürgerkrieg geführt – in einem dem westlichen Block zugeschlagenen Land, ohne Aussicht auf militärische Unterstützung durch die Sowjetunion. Zu kritisieren bleibt das von Togliatti durchgesetzte Bündnis mit der Christdemokratie, das von dieser 1947 auf Druck der USA aufgekündigt wurde, und die von Togliatti betriebene Politik der „nationalen Versöhnung“: So erließ er in seiner Funktion als Justizminister eine Amnestie für faschistische „Mitläufer“ und akzeptierte die Neugründung der neofaschistischen Partei, des Movimento Sociale Italiano (MSI). Dass Togliattis „italienischer Weg zum Sozialismus“ ambivalent bleibt, wird in Neuberts Darstellung deutlich: Richtig war das Bestehen auf Eigenständigkeit des PCI gegenüber der KPdSU; die Orientierung auf eine Reformpolitik im Rahmen bürgerlicher Koalitionsregierungen brachte allerdings keine zum Sozialismus hinführenden Reformen, sondern die Integration der ehemals revolutionären Partei in die staatlichen Institutionen.

Togliattis Nachfolger Luigi Longo, ein herausragender Stratege des antifaschistischen Befreiungskampfs, als Parteiführer aber wohl überfordert, hielt am Kurs seines Vorgängers fest. Aus historischer Sicht besteht seine wesentliche Leistung darin, Togliattis 1964 entstandenes Memorandum von Jalta veröffentlicht zu haben – gegen den Widerstand der sowjetischen Genossen, denen Togliattis Bestehen auf politischer Autonomie der nationalen kommunistischen Parteien als Ketzerei erscheinen musste.

Auf Longo folgte Enrico Berlinguer, einer der Mitbegründer des „Eurokommunismus“. Unter ihm erlebte der PCI seine Blütezeit mit einem Rekordwahlergebnis von 34 Prozent im Jahr 1976. Der „sorpasso“, das Vorbeiziehen der kommunistischen an der christdemokratischen Partei, schien möglich. Dass daraus nichts wurde, liegt vor allem an der historischen Niederlage der italienischen Arbeiterbewegung, die im 35-Tage-Streik bei FIAT 1980 offensichtlich wurde. Berlinguer starb überraschend während des Europa-Wahlkampfes 1984 – mit dem Tod des letzten Charismatikers unter den PCI-Sekretären endet für Neubert die von Gramsci begründete Traditionslinie. Die weitere Entwicklung des Kommunismus, nicht nur in Italien, sondern auch international hat der Nachwelt einen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Frage, ob die Geschichte anders hätte laufen können, beantwortet Neubert differenziert. Der Eurokommunismus erwies sich, wie er richtig schreibt, als „nicht geeignet, den Niedergang der internationalen kommunistischen Bewegung aufzuhalten“. (149) Andererseits steht für

ihn fest: „Das theoretische Arsenal der Italienischen KP hätte durchaus eine Ausgangsbasis für die Erneuerung und Öffnung der internationalen kommunistischen Bewegung sein können ...“ (152) Was sich im Nachhinein allerdings nicht beweisen lässt. Die spannendere Frage, welche Bestandteile dieses „Arsenals“ auch heute und in Zukunft noch brauchbar sein könnten, ist nicht mehr Gegenstand dieses hoffentlich diskussionsanregenden Buches.

Jens Renner

## Einblick in die deutsche Geschichte

*Ernst Engelberg, Die Deutschen. Woher wir kommen, hrsg. v. Achim Engelberg, Karl Dietz Verlag GmbH, Berlin 2009, 351 S., 29,90 Euro*

Ernst Engelberg, der unlängst seinen 100. Geburtstag begehen konnte, greift mit einem seiner Ehefrau Waldtraud gewidmeten, von seinem Sohn Achim besorgten Sammelband nochmals in die Geschichtsdebatte ein. Seit Studentenzeiten sind mir Engelbergs historische Weitsicht, sein dialektisches Verständnis geschichtlicher Abläufe, seine urdemokratische, patriotische wie internationalistische Gesinnung vertraut. Dennoch stellte sich mir die Frage, ob da nicht ein zu anspruchsvoller Titel für ein Kompendium von teils erneut, teils erstmals veröffentlichten Studien und Aufsätzen gewählt wurde. Solche Zweifel schwinden beim Lesen dieses Buches rasch. Nicht dass hier ein lückenloses Bild der Genesis des deutschen Volkes geboten würde, wohl aber bekommen wir tiefe Einblicke in die deutsche Ge-

schichte, in die unmittelbaren und Fernwirkungen historischer Ereignisse – beeinflusst durch herausragende Persönlichkeiten – geboten. Das verbindet sich – ausgesprochen oder un-ausgesprochen – immer mit der Frage, wie dies alles in unsere Gegenwart hineinragt.

Engelberg ist ein bekennender Historiker – er bekennt sich zum Sinn historischer Forschung und Lehre wie auch zu der Notwendigkeit, einen dem historischen Geschehen innewohnenden Sinn zu erkunden. So hat ihn auch nie sein prinzipieller Geschichtsoptimismus verlassen. In einem 1963 veröffentlichten Aufsatz über „Friedrich Schiller als Historiker“ hatte er geschrieben: „Der Ausgangs- und Endpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung ist der Mensch – der Mensch in seiner produktiven Tätigkeit und seinen gesellschaftlichen Beziehungen. Die geschichtliche Entwicklung bedeutet, möge sie noch so sehr und immer durch Leiden, Opfer und Verbrechen gezeichnet sein, möge sie uns auch immer wieder zu einer unverschwärmten Nüchternheit zwingen, trotz allem Entfaltung der menschlichen Kräfte, Wachstum und Aufstieg der Menschheit.“ (S. 31) Und in einem 1994 gehaltenen Vortrag – nach einem Epochenbruch, der auch von einem Ernst Engelberg als eine Niederlage verarbeitet werden musste – erklärte er nach vorn schauend: „Was uns bleibt, ist die Besinnung auf die ursprünglichen Konzeptionen und Ziele, deren Botschaft ebenso wenig eingelöst ist, wie sich die kapitalistischen Verhältnisse... grundsätzlich geändert haben... Offengestanden, ich habe sie nie gemocht,

die da nichts gewagt, aber immer schon weise gewusst haben, dass eben doch alles schief gehen werde. Da halte ich es schon eher mit Mephisto, der dem Faust zuruft: ‚Es lebe, wer sich tapfer hält‘.“ (S. 339)

Wenn solch ein Geist das Buch durchweht, so heißt das nicht, dass wir überwiegend Interpretationen, aber keine Ergebnisse sorgfältigen Forschens und tiefgründigen Nachdenkens zu lesen bekommen. Im Gegenteil – solche Überzeugungen werden nicht a priori gesetzt, sondern aus konkreten Untersuchungen gewonnen. Der Autor tritt uns als überaus belesener, kenntnisreicher Historiker gegenüber, der sich in unterschiedlichen Geschichtsperioden und Themenbereichen bis hin zur Militärgeschichte bestens auskennt, der seine Arbeiten über gravierende Geschehnisse und hervorsteckende Persönlichkeiten immer auch mit Studien zu Geschichtstheorie und Geschichtsmethodologie verbunden hat. Es sind vorwiegend die sich über längere Zeiträume erstreckenden Epochenumbrüche, die Engelbergs Interesse geweckt haben und von denen er jeweils ein beeindruckendes Panorama der sozialen, politischen und kulturellen Zustände zeichnet, aber immer die ihnen unterworfenen oder sich über sie erhebenden Menschen im Blickpunkt behaltend. Am ausführlichsten geschieht dies in seinem Spätwerk über das (lange) 14. Jahrhundert, für die Zeit von der Regierung des Kaisers Friedrich II. bis zur Reformation, der „europäischen Revolution Nr. 1 der Bourgeoisie“, und in einer bereits 1957 verfassten Studie über die deutsche Geschichte von der Französischen Revolution

bis zu den Karlsbader Beschlüssen, in deren Zentrum des Wirken des Militärtheoretikers und Militärreformers Carl von Clausewitz steht. Der Autor führt uns anschaulich vor Augen, dass sich narrative Geschichtsschreibung und historische Analyse trefflich zu ergänzen vermögen, vorausgesetzt der Historiker beherrscht sein Metier so wie Ernst Engelberg. Er hält es für unerlässlich, dass sich in der Historiographie Gefühl und Verstand verbinden müssen und hat dies beispielhaft praktiziert.

Andere wichtige Gegenstände des Buches sind die Revolutionen und die Revolutionäre des 19. und 20. Jahrhunderts, eingeschlossen die ihn wiederholt beschäftigenden „Revolutionen von oben“. Dass er dabei auf Bismarck zu sprechen kommt, versteht sich von selbst, aber sein Verständnis der „Revolution von oben“ erfasst auch die preußischen Reformen, die Vorgänge in anderen europäischen Ländern bis hin zur Revolutionsstrategie Lenins. Wenn es ein Bindeglied zwischen den hinsichtlich der Gegenstände, der Entstehungsbedingungen, des Anliegens und des Umfangs sehr unterschiedlichen Beiträgen dieses Sammelbands gibt, so ist es die Frage nach dem Wechselspiel oder dem Spannungsverhältnis von Sozialem und Nationalem. Nationalistische Attitüden sind ihm ebenso fremd wie nationaler Nihilismus. Deutschland und die Deutschen sind ihm Sache von Herz und Verstand, und eben deshalb geht er unnachsichtig mit den Partikularisten, Chauvinisten und Militaristen ins Gericht.

Eine Reihe von Aufsätzen und Interviews geben Auskunft über Schaffens- und Erkenntnisprozesse Engel-

bergs, vermitteln uns Einblicke in Herkunft und Werdegang, in die Ursprünge des gebürtigen Badeners, in dessen Familie die Traditionen der Freiheitskämpfer von 1848/49 fortlebten und sich mit den Erfahrungen der Arbeiterbewegung verbanden. Diese autobiographische Züge tragenden Texte helfen uns, Leben und Werk Ernst Engelbergs, von dem wir keine Memoiren erwarten dürfen, besser zu verstehen.

Günter Benser

## Eltern im Widerstand

*Eva Madelung/Joachim Scholtyseck, Heldenkinder – Verräterkinder. Wenn die Eltern im Widerstand waren, Verlag C.H.Beck, München 2007, 308 S., 24,90 Euro*

Das Buch enthält 15 Interviews mit Kindern von überwiegend aktiv, teils auch passiv (als Mitwisser) am Widerstand gegen das faschistische Nazi-Regime in Deutschland Beteiligten. Die Auswahl der Interviewten widerspiegelt die (in der ehemaligen und in der heutigen Bundesrepublik offiziell gewollte) Konzentration auf den Widerstand aus bürgerlich-konservativen, militärischen, adligen und christlich motivierten Kreisen, vor allem im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944: Lediglich zwei Interviews wurden mit Kindern von Sozialdemokraten (den Töchtern von Julius Leber und Hermann Maaß) und ein einziges mit der Tochter eines Kommunisten (Friedrich August Schneiderheinze) geführt.

Die Autoren (Herausgeber) – eine Familientherapeutin und ein Histori-

ker – verstehen die Interviews als Dokumente der Zeitgeschichte: Sie vermitteln zum einen „einen Überblick über die psychischen Zusammenhänge“, die in den betroffenen Familien vor und nach 1945 wirkten (S. 9); dem Historiker bieten sie „unbekannte Erkenntnisse über den Hintergrund des Widerstands der Eltern gegen Hitler“ (S. 33). Und: Sie geben Auskunft über den Umgang mit dem Thema Widerstand gegen das NS-Regime im gespaltenen Deutschland der Nachkriegszeit (Heldenkinder? Verräterkinder?). An dieser Stelle dazu nur Eva Madelung in der Einleitung: „Behörden (in der alten BRD, U.Pl.) erließen Bescheide, dass ‚keine staatliche Unterstützung an Verräterfamilien‘ zu zahlen sei.“ (S. 18) „In der DDR waren die Mitglieder des linken Widerstands, und unter ihnen besonders die Kommunisten, offiziell besonders anerkannte Persönlichkeiten. Sie erhielten vom Staat eine Reihe von Vergünstigungen wie zusätzliche Lebensmittelkarten, vorrangig Wohnraum, besondere Bildungsmöglichkeiten für die Kinder u.a.“(S. 19; dazu eine monatliche Wiedergutmachungsrente, U.Pl) Wibke Bruhns, Tochter des als Mitwisser hingerichteten großbürgerlichen Unternehmers Hans Georg Klamroth, ergänzt: Die Wiedergutmachung für ihre Mutter sei in der BRD erst 1957 nach einem Prozess geregelt worden: „Es war aber gar nicht viel Geld, das sie bekam, denn er war ja kein Berufsoffizier (!). Er war selbständig. Es drehte sich also nur um die Fortzahlung seines Gehalts als Offizier. Wobei die DDR sich ja wunderbar verhalten hat. Sie hat meiner Mutter eine OdF-Rente

gezahlt, 220 Mark oder so. Die Rente wurde sogar noch gezahlt, als sie im Westen war. Sie hat sie also... über mehrere Jahre (bekommen). Da hat sich offenbar in den Köpfen der real existierenden Sozialisten der Junker mit dem Antifaschisten gestritten. Und der Antifaschist hat gesiegt. Deshalb sind wir auch nicht enteignet worden.“ (S. 156/157; OdF: Opfer des Faschismus)

Eva Madelung: „In der westdeutschen Presse wurde das Verdienst der Männer des 20. Juli (bis in die 70er Jahre, U.Pl.) herabgesetzt und der linke Widerstand nicht anerkannt. Dagegen verleugnete die ostdeutsche Presse (ebenfalls bis in die 70er Jahre, U.Pl.) den militärischen und liberalen Widerstand.“ Aufgrund der geistigen Gesamtsituation in der alten BRD hätten die Angehörigen der Männer des 20. Juli „lange Jahre über diese Tatsache geschwiegen“ (S.18). Anhand eines einzigen Interviews (mit Petra Schneiderheinz) wird die Tatsache des „Schweigens“ auch für den Osten festgestellt, was in diesem konkreten Fall eher individuell bedingt war.

Auffallend ist: Kein einziges Interview wurde mit einem westdeutschen Kind eines von den Nazis verfolgten Kommunisten geführt. Warum nicht? Die Antwort kann wohl nur lauten: Weil der in Nazi-Deutschland betriebene Antikommunismus in der Bundesrepublik ungebrochen als Staatsdoktrin praktiziert wurde – und heute noch wird. Als Beispiel nur das von Kurt Baumgarte (1912-2007) aus Hannover: 1935 von den Nazis als Mitglied der KPD verhaftet, 1936 vom „Volksgerichtshof“ zu 15 Jahren Zuchthaus

verurteilt und bis 1945 in Isolationshaft im Zuchthaus Waldheim gehalten, wurde er 1965 erneut verhaftet und 1966 zu einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis sowie drei Jahren Aberkennung bürgerlicher Ehrenrechte verurteilt. Nach in der BRD gelten der Rechtsprechung stand ihm als „Wiederholungstäter“ (Tätigkeit für die KPD) auch 1991 die 1957 entzogene OdF-Rente nicht zu. Begründung: „Ein Anspruch auf Entschädigung nach dem BEG (Bundesentschädigungsgesetz) steht ihm ... nicht zu. Herr Baumgarte wurde sofort nach 1945 wieder Funktionär der KPD.“ (Zit. nach: Hans Canjé: Verfassungsfeind auf Lebenszeit. In Hannover starb 94jährig der Kommunist und Widerstandskämpfer Kurt Baumgarte, in: junge Welt, Berlin, 29. Juli 2007) Was hätten seine in Hannover lebenden Kinder, würden auch sie wie die anderen Interviewten nach ihrer Erfahrung, ihren Empfindungen und Gedanken, nach der Situation ihrer Familie und ihren Lebenswegen in der Nachkriegszeit als Kinder eines kommunistischen Widerständlers in der ehemaligen und heutigen Bundesrepublik Deutschland befragt, geantwortet? Vielleicht könnte „die Beschäftigung mit der Vergangenheit“ auch der Familien wie diese „ein Lernprozess sein“ können, „in dem sich persönliche Erfahrung auf eine kollektive hin erweitert“ (Madelung, S. 271), hin auf eine Gesundung der politischen Kultur in diesem Lande? In der DDR hatte seinerzeit „der Antifaschist über den Junker“ gesiegt. Sollte nicht in der heutigen Bundesrepublik der kommunistische Widerständler über die Antikommunisten siegen und endlich auch er als Wider-

ständler gegen das Nazi-Regime staatlich anerkannt werden? Noch im Mai 2007 fanden die von der Linksfraktion diesbezüglich eingebrachten Anträge keine Mehrheit im Bundestag: Neben der Linken stimmte nur die Fraktion der Grünen dafür.

Ulla Plener

## Aktualität von 1968?

*Bundesvorstand von DIE LINKE.SDS (Hrg.), „Die letzte Schlacht gewinnen wir“: 40 Jahre 1968, VSA, Hamburg 2009, 200 S., 12,80 Euro*

Der 68er-Kongress, der im Mai letzten Jahres von DIE LINKE.SDS und linksjugend [solid] auf dem Campus der Humboldt-Uni in Berlin veranstaltet wurde (s. Bericht in Z 74), war mit über 1600 Teilnehmer/innen vermutlich die größte linke (und auf jeden Fall die größte studentische) Intervention in das vierzigste Jubiläum des „Revolutionjahres“ 1968. Der Kongress war zwar ein großes Ereignis, welches durchaus auch in den bürgerlichen Medien Beachtung fand, ist aber – wie es der Charakter solcher Veranstaltungen unter gegebenen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen mit sich bringt – als Intervention in die Debatten des Jubiläumsjahres schnell verblasst.

Dem soll mit der Veröffentlichung der wichtigsten Beiträge des Kongresses entgegengewirkt werden. Das Buch orientiert sich an den inhaltlichen Blöcken des Kongresses (Kapitalismus, Imperialismus, Demokratie, Gleichstellung und Befreiung, Bildung, Bewegung) und dokumentiert zum Teil die Beiträge der Hauptpodien zu den einzelnen the-

matischen Blöcken, aber auch eine Vielzahl kürzerer Berichte und Artikel aus einigen der zahlreichen Workshops.

Die Herausgeber wollen das Buch als ein „Zeichen“ (10) verstanden wissen, „dass mit dem Kongress dazu beigetragen wurde, in Anlehnung an eine Formulierung von Karl Marx die Selbstverständigung über unsere Kämpfe und Wünsche zu vertiefen.“ (10) Es soll also nicht um eine bloße Reproduktion der „alten“ Debatten gehen, wie oft von konservativer Seite vorgeworfen wurde, sondern um den Versuch, von den „Impulsen und Erfolgen“, den „Fehlern und Niederlagen“ (10) zu lernen, denn: „Das zentrale Emanzipationsversprechen der 68er bleibt unerfüllt: Der Kapitalismus ist nicht überwunden.“ (9) In diesem Sinne gilt es sich mit dem Phänomen 68 kritisch auseinander zu setzen und es behutsam auf Anknüpfungspunkte zu überprüfen.

Exemplarisch lässt sich dieser Anspruch an zwei aus Sucht der Rezensenten sehr gelungenen Beiträgen zeigen, die die Analyse des historischen Phänomens 68 mit der Fruchtbarmachung dieser Erkenntnisse für gegenwärtige Auseinandersetzungen produktiv verbinden (Frank Deppe zur historischen und geschichtspolitischen Einordnung, Nele Hirsch zur hochschulpolitischen Dimension von 1968).

In seinem Beitrag „Sieger oder Verlierer? Anmerkung zur Debatte um die ‚68er““ unternimmt Frank Deppe eine Einordnung des Phänomens 68 sowohl in die herrschende geschichtspolitische Debatte als auch in die zeitgenössischen geschichtlichen

Diskurse. Er entgegnet der gegenwärtigen geschichtspolitischen Debatte um 1968, dass sie das Phänomen verkürze und dekontextualisiere, um es somit zur „Psychopathologisierung“ (22) der Linken zu instrumentalisieren. Damit bliebe die Debatte laut Deppe „Ereignisgeschichte“ (23), die weder die Vorgeschichte noch die Wirkung von 68 erfassen könne und damit große Teile der 68er-Bewegung ausblende, wie z.B. die so genannten „Traditionalisten“ (23), also jene Gruppen „innerhalb und außerhalb des SDS“ (23), die den radikalen Kurs der Dutschke-Fraktion kritisierten.

Für eine sinnvolle Debatte um 68 schlägt Deppe vier Anknüpfungspunkte vor, die für die Kontextualisierung des Phänomens wichtig seien. Zum Ersten müsse man das Jahr 1968 als „Epizentrum“ eines „Epochenbruches“ (24) begreifen, der einerseits durch die Erosion alter ideologischer Konstanten des Kalten Krieges – so z.B. des Antikommunismus – als auch durch das Ende des „Golden Age“ (25) und die allmählich beginnende Transformation des Fordismus zum Neoliberalismus gekennzeichnet ist.

Zum Zweiten gehe es darum, die Ereignisse von 1968 in einem breiteren Kontext als „zwiespältige“ (26) Kulturrevolution zu begreifen, die bereits in den späten 1950er Jahren mit Rock und Pop begann und immer im Spannungsverhältnis zwischen Zugewinn an persönlicher Freiheit und Kommerzialisierung stand.

Der dritte Anknüpfungspunkt ist laut Deppe der Kampf um Demokratisierung der Bildung – ebenso mit all

seinen Widersprüchen, denn der Kampf gegen die Ordinarienuniversität fand auch Rückhalt in manchen Kapitalfraktionen, denn „der exportorientierte westdeutsche Kapitalismus brauchte mehr Techniker, Ingenieure und auch Manager, die ihre Qualifikation nicht beim Biersaufen im Verbindungshaus, sondern (vielleicht sogar) in den Aktionen der APO erworben hatten.“ (26) Doch nur in diesem widersprüchlichen Konnex ließe sich die Rolle der Intellektuellen in der Neuen Linken erklären.

Der vierte Anknüpfungspunkt ist die Parallelität von Intellektuellen- und Arbeiterprotesten, die bis dahin nicht bekannt war (27). Hier setzt sich Deppe auf sehr plausible Art und Weise mit der Künstlerkritik/Sozialkritik-These von Boltanski und Chiapello auseinander, indem er zum Beispiel auf die zahlreichen Debatten über das Verhältnis von Arbeiterklasse und Intelligenz und ihr Potential, Sozialkritik (im Sinne von Boltanski/Chiapello) „zu Ansätzen der Infragestellung der herrschenden Machtverhältnisse“ übergehen zu lassen.

Aus diesen Anknüpfungspunkten für eine Debatte kristallisiert Deppe für sich zwei Schlussfolgerungen. Zum einen ist eine Perspektive auf sozialistische Transformation nur auf dem Erbe der Kämpfe für Demokratisierung und anderen Forderungen (v.a. feministische Kritik) der 68er entstandenen Neuen Sozialen Bewegungen denkbar und inzwischen auch selbstverständlich. Zum anderen muss man laut Deppe über die Rolle der Intellektuellen in diesen Transformationsprozessen nachdenken, denn der „intellektuelle und kulturelle Radikalismus“ von Teilen der 68er Intellek-

tuellen endete zumeist in einem „Selbsterstörungsprozess“ (31)

Auf die hochschulpolitische Dimension von 68 geht Nele Hirsch ein („Denkschrift ‚Hochschule in der Demokratie.‘ Inspiration für heutige hochschulpolitische Strategien?“). Sie nimmt die zentralen Forderungen der 1961 vom SDS veröffentlichten Denkschrift „Hochschule in der Demokratie“ auf und überprüft sie auf ihre Aktualität. Laut Hirsch ist die Denkschrift immer noch Ausgangspunkt vieler Forderungen der gegenwärtigen Studierendenbewegung und der Versuch, mit marxistischer Analyse die polit-ökonomischen Einbettung der Hochschule in den kapitalistischen Vergesellschaftungsprozess herauszuarbeiten und daraus hochschulpolitische Forderungen abzuleiten – dies sei immer noch ein Alleinstellungsmerkmal (132). Sie kritisiert die vielfältigen Abhängigkeitsverhältnisse der Studierenden (soziale wie finanzielle) ebenso wie die gesellschaftliche Wertung von Studium und Wissenschaft. So eignen sich laut Hirsch die Ausführungen der Denkschrift für die Entwicklung von Wissenschaft, die sich beruflicher wie gesellschaftlicher Praxis verbunden sieht (135f) und damit zur Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Debatte um „employability“.

Hirsch verweist zu Recht auf den zentralen Gedanken der Denkschrift, den Zusammenhang von Gesellschaft und Hochschule aufzudecken. Dies ist gerade in der gegenwärtigen hochschulpolitischen Debatte ebenso wichtig für die Auseinandersetzung mit den 68ern wie für die heutigen Kämpfe an den Hochschulen. „Das hochschulpolitische Erbe der 68er für



die heutige hochschulpolitische Linke bleibt somit in erster Linie, sich nicht aus den Hochschulen als Feld der politischen Auseinandersetzung zurückziehen. [...] Denn die Analyse, dass Hochschule und Gesellschaft sich nicht trennen lassen, ist heute noch so richtig wie damals.“ (139)

Dieses Buch ist – wie auch der Kongress – eine „ebenso mutige wie differenzierte Parteinahme für die Revolte von 1968“, so Jan Schalauske im Schlusswort (232). Und als solche ist es gelungen; zwar hätte man sich manche Beiträge etwas ausführlicher und länger gewünscht, aber das Buch musste natürlich auch der Vielfalt des Kongresses gerecht werden. Insofern ein gelungener Beitrag dafür, dass beim 50jährigen Jubiläum hoffentlich nicht Götz Aly die kollektive Erinnerung an das Revoltensjahr 68 bestimmt.

*Maximilian Jablonowski*

## 1968 in Jugoslawien

*Boris Kanzleiter/Krunoslav Stojakovic (Hrsg.), 1968 in Jugoslawien. Studentenproteste und kulturelle Avantgarde zwischen 1960 und 1975, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2008, 352 S., 38,00 Euro*

Studierendenproteste in Osteuropa standen während des 40-jährigen Jubiläums von „68“ im vergangenen Jahr in der Thematisierung hierzu-lande nicht unbedingt im Vordergrund. Dabei wäre eine Beschäftigung mit sozialen Bewegungen gerade in dieser Region von Interesse, um zu klären, welche emanzipatorischen Entwicklungsmöglichkeiten es wann gegeben hätte, und so der fal-

schen Alternative zu entgehen, entweder die als „realexistierender Sozialismus“ auftretende bürokratische Herrschaft über die Arbeiterklasse zum zukunftsfähigen Modell zu erklären oder die jetzigen Formen kapitalistischer Verelendung als Sieg von Freiheit und Demokratie zu betrachten. Im Falle des früheren Jugoslawiens kommt die Frage hinzu, ob der kriegerische Staatszerfall wirklich zwangsläufig war.

Das vorliegende Buch besteht aus einem Einführungstext der beiden Herausgeber, einer Sammlung von Interviews mit maßgeblichen Beteiligten und einem Dokumententeil. In der Einführung wird die jugoslawische Protestbewegung historisch eingeordnet: Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens (BDKJ) betrachtete als einzige regierende Partei weltweit die internationalen Studierendenproteste als Bestätigung der eigenen Position, weil er davon ausging, die Forderung nach einem basisdemokratisch strukturierten Sozialismus sei in der jugoslawischen „Arbeiter-selbstverwaltung“ bereits realisiert. Dieses Modell kennzeichnete jedoch eine tiefe Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Trotz gewählter Arbeiterräte wurden die Betriebe weiterhin von Parteifunktionären und Direktoren kontrolliert; hinzu kam wachsende soziale Ungleichheit infolge von Marktreformen in den 1960er Jahren. In diesem Zusammenhang kam es auch zur Stärkung von Republikegoismen und damit des Nationalismus. Die Besonderheit der jugoslawischen 68er-Bewegung sehen die Autoren darin, „dass die Studenten ihre Forderungen ... innerhalb der Grundsätze der offiziellen

Ideologie artikulieren konnten.“ (18) Die im Juni 1968 an der Belgrader Universität in den Streik tretenden Studierenden und Lehrenden forderten die unmittelbare Umsetzung der programmatischen Grundsätze des BDKJ in die Praxis, klagten also die Verwirklichung der versprochenen Selbstverwaltung ein. Sowohl fehlende Demokratie als auch wachsende soziale Ungleichheit wurden angegriffen.

Die Autoren stellen dar, wie dieser 1968 ausbrechende Protest durch intellektuelle Strömungen vorbereitet wurde, etwa die Philosophen um die Zeitschrift „Praxis“, die eine humanistische, an den Frühschriften orientierte Marx-Lesart vertraten, oder Formen des experimentellen Theaters, bei denen es um die Einbeziehung des Publikums in die Aufführung ging. Außerdem gehen sie darauf ein, welche Rolle eine kritische Studentenspresse und Verschiebungen im Kräfteverhältnis innerhalb des Jugoslawischen Studentenbundes spielten.

Schließlich ist nachzulesen, wie Tito und die Parteiführungen die Bewegung durch eine Mischung aus Vereinnahmung und Repression (wozu beispielsweise die Entfernung von acht „Praxis“-Philosophen von der Universität Belgrad 1975 gehörte) in den Griff bekamen. Auch die nationalistische Welle in Kroatien Anfang der 1970er Jahre („Kroatischer Frühling“) wird in diesen Kontext eingeordnet: „Der ‚Kroatische Frühling‘ war nicht nur eine ernste Krise für den BDKJ, sondern auch eine Niederlage für die Studentenbewegung der Neuen Linken, welche durch die nationalistischen Gruppen an der Universität in Zagreb bereits Anfang 1970 besiegt

worden war.“ (34).

Das Buch belegt materialreich, dass es in Jugoslawien keine eindimensionale Entwicklung zum Sieg der diversen Ethnonationalismen gab, sondern die Entwicklung des Landes stark umkämpft war und zeitweilig Themen wie Demokratie und ökonomische Ausbeutung im Vordergrund standen. Das ist in Zeiten, in denen ein Blick auf diese Region dominiert, der nur noch Ethnien wahrnimmt, die sich angeblich immer schon gehasst haben, sehr viel – daher sei diese Lektüre jedem am Thema Interessierten nachdrücklich empfohlen.

Positiv ist außerdem anzumerken, dass die 68er-Bewegung nicht unkritisch betrachtet wird, sondern einige Mängel durchaus benannt werden. So kritisiert die serbische Feministin Svetlana Slapšak die Männerdominanz in der Bewegung (92-104).

Einige offene Fragen bleiben jedoch. Ausgehend von der Auffassung, dass nicht an der Universität, sondern in den Betrieben das größte Druckpotenzial liegt, wäre mehr Material zum Verhältnis von Studierenden und ArbeiterInnen wünschenswert gewesen. Die Solidarisierung der Studierenden mit einem Bergarbeiterstreik in Bosnien-Herzegowina 1970 wird erwähnt (33); es gibt jedoch kein Interview, das der Frage nachgehen würde, warum es zu keiner systematischen Zusammenarbeit zwischen Arbeiter- und Studierendenbewegung kam – zumal die Studierenden ja nicht zuletzt ökonomische Themen aufgriffen und „im Namen der Arbeiterklasse“ sprachen. Außerdem hätte ein Interview mit

wenigstens einem der damaligen Protagonisten, die im nationalistischen Lager gelandet sind, aufschlussreich sein können – etwa mit dem ehemaligen Belgrader „Praxis“-Philosophen Mihailo Markovic. Es bleibt zu hoffen, dass die fertigen Dissertationen hier mehr Aufschluss bringen werden. Trotz allem ein sehr lesenswertes Buch.

*Heiko Bolldorf*

## **Die USA und die internationalen Finanzbeziehungen**

*Leo Panitch/Martijn Konings (Hrsg.), American Empire and the Political Economy of Global Finance. Palgrave Macmillan, Houndmills 2008, 289 S., USD 74,95*

Die neun AutorInnen dieses Buches untersuchen die Beziehungen zwischen den USA und der Ausgestaltung der globalen Finanzbeziehungen und internationalen Finanzinstitutionen. Sie verdeutlichen, dass die Gestalt des internationalen Finanzsystems nicht zufällig entstand. Vielmehr geht diese Ordnung auf das Vermögen der Imperialmacht USA zurück, mithilfe der Tiefe und Liquidität ihrer inländischen Finanzmärkte und deren enger Verbindung zu den eigenen Finanzinstitutionen wie der Federal Reserve und der US Treasury das globale Finanzsystem stets nach ihrem Willen neu zu gestalten.

Im ersten Kapitel machen Leo Panitch und Martijn Konings deutlich, dass die bisher gängigen theoretischen Ansätze der internationalen und vergleichenden politischen Ökonomie nicht greifen, um den expansiven Prozess der spezifisch US-amerikanischen Praktiken innerhalb

der globalen Finanzmärkte zu verstehen. Vielmehr müsse man zu dessen „Entmystifizierung“ vom Konzept „Staat gegen Finanzmärkte“ absehen und die Ursachen in der tiefen Durchdringung der sozialen Sphäre durch die Finanzwelt in den USA und der daraus resultierenden Kraft des US-Finanzmodells suchen.

Zusammen mit Sam Gindin skizziert Panitch im nächsten Kapitel anhand der verschiedenen geschichtlichen Phasen des weltweiten Finanzsystems die Politiken der USA und wie diese deren hegemoniale Vormachtstellung innerhalb des Systems festigten. Vom Bretton Woods-System über dessen Auflösung hin zum „Volcker-Shock“ und der anschließenden Neoliberalisierung der Finanzmärkte unter der Regierung Reagan in den 80er Jahren zeigt dieses Kapitel gerade die Vielseitigkeit der US-Finanzpolitiken, bevor Martijn Konings im nächsten Beitrag auf die historischen Besonderheiten bei der Entwicklung des US-amerikanischen Finanzsystems zu sprechen kommt. Hier wird deutlich, dass für die spätere weltweite Expansion der US-Finanzsysteme zunächst deren nach innen gerichtete Vertiefung notwendig war. Dabei wurden immer weitere soziale Schichten der amerikanischen Gesellschaft in das Finanzsystem integriert. Dadurch konnte sich erst die spätere Dynamik und Tiefe des US-Finanzsystems entwickeln. Die AutorInnen der anschließenden Beiträge gehen weiter ins Detail, decken das Vorgehen sowohl der US-amerikanischen als auch der internationalen Finanzakteure auf und beschreiben deren Entwicklung innerhalb der Finanzmärkte. Den Anfang

macht David Sarai. In seinem Artikel beschreibt er die Entwicklung der US-Treasury, die sich, unter anderem als Aufsicht über den Markt mit US-Staatsanleihen, zu einer Kerninstitution der US-amerikanischen Expansion auf den Finanzmärkten entwickelt hat. Danach analysiert Eric Newstadt die Politik der Federal Reserve und ihre wichtige Rolle bei der Realisierung des neoliberalen Projekts. Im folgenden Artikel geht dann Scott Aquanno auf die Entwicklung der internationalen Märkte für verzinsliche Anleihen ein und erläutert, wie unter dem System von Bretton Woods insbesondere die Märkte für US-Anleihen wachsen konnten und wie später mit deren Hilfe der Neoliberalismus gefestigt wurde. Thomas Sablowski, der durch zwei Aufsätze vertreten ist, geht in seinem ersten Beitrag auf die Frage ein, inwieweit eine „Amerikanisierung“ des Finanzsystems in Deutschland stattgefunden hat und beschreibt die historischen Beziehungen zwischen Industriekapital und Finanzkapital in Deutschland als Gegenbeispiel zu der Entwicklung in den USA. In seinem zweiten Artikel wird deutlich, wie die Etablierung von US-Bilanzstandards für international agierende Unternehmen deren Integration in den Neoliberalismus erleichtert. Ruth Felder untersucht den IWF und die Weltbank hinsichtlich ihrer Rolle als verlängerter Arm der USA, also wie beide Institutionen die Strategie der USA unterstützen. Mit Betrachtungen zum Thema der finanziellen Haushaltsdisziplin von Staaten im Zentrum und in der Peripherie der Weltwirtschaft sowie zu deren Durchsetzung zur Festigung des neoliberalen Projekts durch die

USA von Christopher Rude werden die einzelnen Analysen abgeschlossen. In ihren Schlussfolgerungen wiederholen Martijn Konings und Leo Panitch nochmals ihre Kritik an der herrschenden Politischen Ökonomie und deren Unvermögen, soziale und klassenbedingte Konflikte in ihren Konzepten zu berücksichtigen. Daher könne sie die imperialen Beziehungen der USA zur Weltwirtschaft und das Entstehen der US-Hegemonie, gerade aus diesen Konflikten heraus, nicht darstellen. Konings und Panitch mahnen, dass ein Ausweg aus dem Neoliberalismus und seiner Krisenhaftigkeit nur durch einen allgemeinen Prozess der Demokratisierung erreicht werden kann. Wenn dies nicht geschehe, werde trotz der aktuellen, hausgemachten Krise die Vormachtstellung der USA nicht angetastet.

Das Buch bietet einen interessanten theoretischen Ansatz und verfolgt diesen sehr konsequent. Freilich wünscht sich gerade ein in dieser Materie weniger geübter Leser manchmal eine etwas kohärentere Darstellung. Diese leidet auch etwas unter manchen der Form des Sammelbandes geschuldeten thematischen Überlappungen. Ungeachtet dessen stellt dieses Buch einen sehr guten Beitrag zu der gerade heute immer bedeutender werdenden Diskussion über die Ordnung der Weltwirtschaft dar und liefert eine wichtige Gegenansicht zu den sonst gängigen Darstellungen.

*Stephan Ebert*

## Sozialstrukturen in Lateinamerika

*Dieter Boris, Therese Gerstenlauer, Alke Jenss, Kristy Schank, Johannes Schulten (Hg.), Sozialstrukturen in Lateinamerika. Ein Überblick, Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 2008, 339 S., 29,90 Euro*

In der letzten Zeit sind eine ganze Reihe sozialwissenschaftlicher Studien zur Linken und zu den sozialen Bewegungen in Lateinamerika erschienen. Die Veränderungen der Sozialstruktur, mit denen politische Linksverschiebungen und soziale Mobilisierungen verbunden sind, blieben jedoch eine Leerstelle. Diese wird nun durch einen Überblicksband gefüllt, der von einem Kreis Marburger SozialwissenschaftlerInnen um Dieter Boris erarbeitet wurde. Der Band enthält überwiegend Beiträge von lateinamerikanischen SozialwissenschaftlerInnen. Insofern wird nicht nur ein Überblick über zentrale sozialstrukturelle Veränderungen, sondern auch Einblick in die lateinamerikanische Diskussion gegeben.

Als Ausgangspunkt hält Dieter Boris fest: „Sozialstrukturanalyse muss sich zunächst – soll sie sich nicht in harmlosem Rubrizieren und Klassifizieren erschöpfen – der zentral ökonomisch bestimmten Spannungs- und Spaltungslinien versichern. Diese sind in kapitalistisch geprägten Systemen durch den Typus von Akkumulation und durch die Formen ihrer institutionell-politischen Regulierung vorgezeichnet.“ Hiermit stellt Boris auf eine Klassenanalyse ab. Die identifizierten Großgruppen sollten eine relative Homogenität aufweisen, und sie „sollten nicht nur

Klassen/Gruppen ‚auf dem Papier‘ (Bourdieu) sein, sondern mehr oder minder artikuliert und empirisch nachvollziehbar in gesellschaftlichen oder politischen Prozessen (seien es nun Konflikte oder Übereinkünfte) sichtbar werden.“ Die Großgruppen seien hierbei auch in ihrer Binnendifferenzierung und in ihrer zeitlichen Entwicklung und räumlichen Konfiguration zu betrachten. Auch weitere differenzierende Kriterien wie ethnische, Geschlechter- oder Alterszugehörigkeit seien zu beachten. Damit hat der Band eine zwar stark klassengeprägte Perspektive, ist aber gleichzeitig in der Sozialstrukturanalyse sehr komplex angelegt. Klassenanalyse und hierzu querliegende gesellschaftliche Spaltungslinien (z.B. Geschlechterverhältnisse) werden in verschiedenen Beiträgen mit einander verknüpft.

Als Spezifika der lateinamerikanischen Gesellschaftsentwicklung stellt Boris Außenbestimmung und hohe gesellschaftliche Heterogenität heraus. Gleichzeitig erfuhren die lateinamerikanischen Sozialstrukturen in den drei grundlegenden Phasen ihrer Entwicklung – Export-Importsystem (ca. 1870-1930), importsubstituierende Industrialisierung (ca. 1930-1980) und neoliberale Phase (ca. 1982-2000 bzw. heute) – erhebliche Veränderungen. Der Band konzentriert sich auf die Veränderungen der letzten Phase, die zum Teil mit der Phase der importsubstituierenden Industrialisierung verglichen wird.

Der erste thematische Block setzt sich mit Klassenstrukturen auseinander. Der Bogen ist weit gespannt von Veränderungen der herrschenden Klasse in Argentinien (M. Svampa), über die

Technokratie in Chile (P. Silva), die neue Armut früherer Mittelschichtangehöriger mit einem Schwerpunkt bei Argentinien (G. Kessler und M.M. Di Virgilio) bis hin zur Transformation der städtischen Arbeiterschaft (F. Zapata) und Prozessen der Informalisierung (M.C. Borges). Hieran schließt sich ein Block zu sozialen Milieus und horizontalen Beziehungen an. Amy Bellone Hite und Sjelyn S. Viterna setzen Klassenstrukturveränderungen ins Verhältnis zu Veränderungen der Geschlechterverhältnisse. Fabiolo Escárzaga untersucht vergleichend die Protestformen verschiedener indigener Sektoren, stellt hierbei allerdings weniger auf Veränderungen der Klassenstruktur indigener Gruppen ab. Dieser Block wird abgerundet durch eine Analyse der gesellschaftlichen Situation der Jugend durch die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik. Der letzte Block umfasst Analysen zur transnationalen Migration mit starkem Zentralamerika-Bezug (K. Andrade-Eekhoff), der Wirkung von Strukturanpassungsprogrammen auf Stadtentwicklung (C. Parnreiter) und Veränderungen der ländlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen (C. Kay), einem oft vernachlässigten Thema. Insgesamt ist hierbei geographisch eine gewisse Schwerpunktbildung bei Argentinien und Mexiko festzustellen, während Brasilien kaum vorkommt. Letzteres ist angesichts der großen wirtschaftlichen und politischen Bedeutung Brasiliens für den Sub-Kontinent und angesichts der relativ großen Zahl interessanter Sozialstrukturanalysen brasilianischer SozialwissenschaftlerInnen bedauerlich.

Als zentrale Entwicklungstrends der Veränderungen der Sozialstrukturen in der untersuchten Phase werden von den AutorInnen des Bandes Fragmentierung, verschärfte Konkurrenzverhältnisse und Abbau von Schutzmechanismen identifiziert. Sehr eindrücklich schildern Gabriel Kessler und Maria Mercedes Di Virgilio die Ausdifferenzierung und Verarmung wesentlicher Sektoren der argentinischen Mittelschichten und die unterschiedlichen Reaktionsmuster auf den sozialen und materiellen Abstieg. Francisco Zapata analysiert die Wirkung verschiedener neoliberaler Politiken auf die Zusammensetzung und Stellung der städtischen Arbeiterschaft sowie die unterschiedlichen gewerkschaftlichen Reaktionsmuster auf Privatisierung, Informalisierung und vielfach steigende offene Arbeitslosigkeit. Insgesamt sind die Gewerkschaften durch die sozialstrukturellen Veränderungen geschwächt worden. Verschiedene Beiträge zeigen auf, dass sich die Präsenz von Frauen in der Arbeiterschaft erhöht hat. Wie Amy Bellone Hite und Jocelyn S. Viterna zeigen, ist dies vielfach Ergebnis der verschlechterten Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Klassenpositionen von Männern und Frauen hätten sich in den letzten beiden Jahren eher angenähert. Das sei allerdings zum erheblichen Teil Ergebnis der Erosion des oft stärker männlich dominierten formellen Beschäftigungssektors. „Die Indizien zeigen, dass die Annäherung der Frauen an die Männer nicht, wie gedacht, durch eine Verbesserung der Stellung der Frauen verursacht wurde, sondern eher daher, dass Männer die ‚Klassen-

leiter‘ herunterfielen.“ Insgesamt ist das Bild der Sozialstrukturveränderungen in der Tendenz durch soziale Abwärtsmobilität gekennzeichnet.

Im abschließenden Resümé führen die HerausgeberInnen die Wahl von Mitte-Links-Regierungen nicht zuletzt auf ein verändertes Wahlverhalten der Mittelschichten zurück. Als ein weiteres wichtiges politisches Phänomen heben sie die verstärkte Sichtbarkeit von indigenen Bewegungen hervor. Deren Protestanliegen würden jedoch über die eigene indigene Gruppe hinaus weisen. Es seien komplexe Verbindungen von Klassen- und ethnischen Kategorien festzustellen.

Der Band gibt einen sehr gelungenen und differenzierten Überblick über sozialstrukturelle Veränderungen und einige ihrer politischen Folgen in Lateinamerika. Darüber hinaus macht er zentrale Texte der lateinamerikanischen Sozialstrukturdebatte erstmals einer deutschsprachigen Leserschaft zugänglich.

*Joachim Becker*

## **Globalisierung und Anpassung**

*Rainer Tetzlaff, Afrika in der Globalisierungsfalle, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008, 112 S., 19,90 Euro*

Die Publikation des renommierten Sozialwissenschaftlers und Afrikanisten Rainer Tetzlaff basiert auf Vorlesungen, die der Autor 2006 an der Katholischen Universität Eichstätt gehalten hat. Diese Herkunft aus Vorträgen merkt man dem Text leider an – trotz vieler wichtiger Ge-

danken fällt es schwer, eine stringente Argumentation auszumachen.

Die zwei Teile der Arbeit (Ökonomische Globalisierung und ihre kulturellen Folgen, Afrika und die Globalisierung) beziehen sich kaum aufeinander. Tetzlaff beschreibt Globalisierung im ersten Teil als „ein historisch weit zurückreichendes Gegenwartsphänomen der kapitalistischen Modernisierung (...), das eine Verschiebung der klassischen Machtbalance zwischen Staat und Markt zugunsten letzterem bezeichnet.“ (14) Man sieht, der Text ist vor der aktuellen Krise entstanden, die zeigt, dass das neoliberale Projekt im Gegensatzpaar Staat-Markt unzureichend beschrieben ist. In diesem Prozess der Modernisierung wurden der Welt kulturelle Normen, „Leitprinzipien“ (14) übergestülpt, die der Autor merkwürdigerweise als reinen zivilisatorischen Fortschritt zu begreifen scheint. So behauptet er: „Die Kultur der Moderne (...) ist idealiter auf einen *gewaltlosen Umgang mit jeder Art von Differenz* (Hervorhebung im Original) angelegt, auch der prinzipiellen im Bereich von Religion und Kultur.“ (50) An diesem „idealiter“ hat der Leser zu kauen. Schwer zu glauben, dass der als kritisch bekannte Autor dies ernst meint – denn schon eine Seite weiter führt er aus: „Aus Metropolen, die seit dem Raub- und Plünderungskolonialismus vor mehr als 500 Jahren das Weltgeschehen politisch und kulturell dominierten und dabei ökonomisch enorm profitierten, werden *abstiegsgefährdete* Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften.“ (51) Werden diese das „gewaltlos“ hinnehmen? Tatsächlich geht ‚Euro-

pa' mit Differenzen bis heute gewalt-  
sam um (siehe Irakkrieg), und man  
kann nur den Kopf schütteln, wenn  
Tetzlaff den Terrorakt vom 11. Sep-  
tember 2001 als „kolossale(s)  
Menschheitsverbrechen“ qualifiziert.  
Den Entwicklungsrückstand Afrikas  
führt er – durchaus schlüssig – auf  
die Unfähigkeit der afrikanischen  
Länder zurück, auf den Modernisie-  
rungsdruck Europas angemessen zu  
reagieren. Die Tatsache, dass andere  
Teile der ehemaligen Peripherie, vor  
allem in Asien, dabei erfolgreicher  
sind, hänge mit den anderen histori-  
schen Voraussetzungen zusammen.  
Diese bestünden u.a. in der Tatsache,  
dass Afrika nicht „an größere histori-  
sche Gemeinwesen“ anknüpfen konn-  
te, und dass die afrikanischen Staaten  
„bei der Bildung einer Staatsnation“  
nur wenige Jahrzehnte Zeit hatten  
(62/63). Leider verfolgt Tetzlaff die-  
sen wichtigen Gedanken nicht weiter,  
sondern läßt nun vordergründig die  
Schuld auf Afrikas korrupte Staats-  
klassen ab, die die „mentale(n) und  
institutionelle(n) Anpassungsleistun-  
gen“ zugunsten einer „bestimmten  
Produktions- und Verhaltensweise“,  
nämlich der „wettbewerbsorientier-  
te(n), privatwirtschaftliche(n), deregul-  
ierte(n) Marktordnung“ nicht bringen  
wollten (69). Diese Kritik ist zwar  
nicht falsch, greift aber zu kurz. Denn  
es sind nicht nur die Eliten sondern  
vor allem die afrikanischen Wirt-  
schaftsakteure, die diese „Anpas-  
sungsleistung“ nicht bringen können,  
weil die „Marktordnung“ für sie Le-  
bensrisiken beinhaltet, die für die  
Masse der afrikanischen (landwirt-  
schaftlichen) Produzenten lebensbe-  
drohend sind. Hinzu kommt, dass  
insbesondere im für Afrika so wich-

tigen Bereich der Landwirtschaft die  
globalisierte Marktordnung alles an-  
dere als „wettbewerbsorientiert“ ist.  
Daher die erstaunliche Stabilität von  
„entwicklungshemmenden Verhal-  
tensweisen“ (78) und der Auf-  
schwung von Zauberei und Hexerei,  
die Tetzlaff völlig zutreffend als Re-  
aktion der Afrikaner auf die Heraus-  
forderungen der Moderne beschreibt.  
Angesichts der zerstörerischen Wir-  
kung der Globalisierung und den mit  
ihr verbundenen Überlebensrisiken  
ist der Rückzug in „Traditionen“, die  
Ablehnung der europäischen Moder-  
ne eine durchaus rationale Reaktion.  
Die jüngsten Ereignisse auf den Nah-  
rungsmittel- und Rohstoffmärkten  
bestätigen die destruktiven Wirkun-  
gen der neoliberal geprägten Welt-  
ordnung gerade für Afrika.

Es wird im Text nicht klar, ob Tetz-  
laff versteht, dass sich die notwendi-  
ge „friedliche Kulturrevolution“ (79)  
in Afrika nur dann vollziehen wird,  
wenn es gelingt, den neoliberalen  
Modernisierungsdruck so zu ‚zivilis-  
sieren‘, dass die afrikanischen Län-  
der ausreichend Zeit haben, die er-  
forderlichen Anpassungsleistungen  
auf eine die Überlebenssicherheit ga-  
rantierende Weise zu erbringen. Der  
Globalisierungsprozess ist politisch  
gestaltbar und muss verändert wer-  
den, soll es in Afrika nachhaltige  
Fortschritte der Armutsbekämpfung  
geben. Nicht nur die afrikanischen  
Eliten, sondern auch diejenigen des  
‚Nordens‘ müssen ihre Haltung än-  
dern – dies ‚übersehen‘ zu haben ist  
ein großes Manko des Buches.

*Jörg Goldberg*



## Klassiker der Entwicklungstheorien

*Karin Fischer/Gerald Hödl/Wiebke Sievers (Hrsg.), Klassiker der Entwicklungstheorie: Von Modernisierung bis Post-Development, Mandelbaum Verlag, Wien 2008, 300 S., 14,80 Euro*

Das Lesen von „Klassikern“ ist häufig mit einem Aha-Effekt verbunden. Vieles, das man durch Sekundärliteratur oder vom Hörensagen bestens zu kennen glaubte, liest sich auf einmal anders. Oft sind die Texte sperriger, manchmal aber auch überraschend simpel; mal sind es nur einzelne Gedanken langer Texte, die den späteren Ruhm des Autors begründen, manchmal erscheinen Interpretationen stark verkürzt.

Ähnlich wird es auch den LeserInnen des vorliegenden Sammelbandes gehen. Anliegen des Bandes ist es, eine „Sammlung von Texten [zu präsentieren], die als grundlegend für eine bestimmte Wissenschafts(teil)disziplin gelten und damit gleichzeitig deren Denkhorizont markieren“ (10). Die Klammer für den hier anvisierten Denkhorizont bildet das Nachdenken über gesellschaftliche Entwicklung sog. unterentwickelter Länder und darüber, wie diese „in der Vergangenheit möglich wurde oder warum sie ausblieb und wie sie in der Zukunft erreicht werden kann“ (11). Da dieses Nachdenken immer in zeithistorischen Kontexten geschieht, sind klassische Texte nie „wertfrei“ oder „objektiv“ verfasste Werke, sondern immer „von Werthaltungen beeinflusst und mit spezifischen Interessen verbunden“ (13). Um eine derartige Lesart zu erleichtern, stellen

die HerausgeberInnen jedem Text eine kurze biografische Skizze sowie einige Anmerkungen zu Ansatz und Tätigkeitsfeldern der AutorInnen voran. So wird schnell klar, dass viele der „großen“ EntwicklungstheoretikerInnen nicht „nur“ nachdachten, forschten und schrieben, sondern als TechnokratInnen in entscheidenden Instanzen aktiv in Entscheidungsprozesse einbezogen waren. Gunnar Myrdal, Raúl Prebisch oder Deepak Lal nahmen wichtige Posten in UN-Gremien, Weltbank oder IWF ein, Walt Whitman Rostow stieg gar zu einem hohen Berater der US-Präsidenten Kennedy und Johnson auf.

Der vorliegende Band enthält insgesamt 15 grundlegende Originaltexte, die sechs thematische Untergruppen zugeordnet sind.

Den ersten Block bilden drei Vertreter der Modernisierungstheorie. Während die Analysen von Paul Rosenstein-Rodan und Rostow Entwicklung und deren Blockaden primär anhand von ökonomischen Indikatoren – z.B. Investitionsquoten – diskutieren, unterstreicht der Text des Soziologen Alex Inkeles durch die Betonung von soziopsychologischen und kulturellen Faktoren den durchaus interdisziplinären Charakter der Modernisierungstheorie. Gemeinsam ist den unterschiedlichen Zugängen freilich der typische Fokus auf die Möglichkeit einer linearen, am westlichen Vorbild orientierten Entwicklung (semi-)peripherer Länder sowie die Betonung interner Entwicklungshemmnisse.

In der zweiten Gruppe werden „erste Dissonanzen“ (72ff.) behandelt, also

DenkerInnen, die sich schwerlich in Schubladen der „großen Theorien“ der Modernisierung oder Dependenz einordnen lassen. Neben dem vielleicht noch relativ treffend als Keynesianer zu beschreibenden schwedischen Nobelpreisträger Gunnar Myrdal ist es vor allem Albert O. Hirschman, der sich gängigen Klassifizierungen entzieht. Noch heute werden Ansätze von Hirschman von VertreterInnen der verschiedensten politischen Lager herangezogen. Im abgedruckten Text setzt sich dieser mit allgemein als „gängig“ betrachteten „Hindernissen von Entwicklungen“ auseinander (93). Anstatt „regionale Besonderheiten“, wie z.B. die Dominanz von Großfamilien, überwinden zu wollen, müsse es in der Entwicklungsplanung eher darum gehen, diese für den Entwicklungsprozess nutzbar zu machen, so seine These. Und auch die Dänin Esther Boserup, die eine stärkere Einbeziehung der Frauenperspektive in entwicklungspolitische Programme einfordert, entzieht sich dabei der Einordnung in eine bestimmte Theorietradition.

Der dritte Abschnitt präsentiert paradigmatische Arbeiten von Prebisch für den lateinamerikanischen Strukturalismus, von André Gunder Frank als einem der schillerndsten Vertreter der Dependenztheorie und schließlich einen Aufsatz von Immanuel Wallerstein als Versuch, die Dependenztheorie in die globale Perspektive des Weltsystems zu integrieren.

Den vielleicht interessantesten Teil des Buches bilden zwei Beiträge der Ökonomen Peter T. Bauer und Deepak Lal aus der vierten Rubrik „Neoliberalismus“. Zum einen ähneln sich die beiden Ansätze trotz einer zeitli-

chen Differenz von fast 35 Jahren in ihrer Ablehnung von staatlichem Dirigismus und dem Fokus auf „unternehmerische Freiheit“. So prägt Bauer schon im Jahr 1958 wesentliche Argumentationsmuster, die erst später in den 1980er Jahren vom entwicklungspolitischen Mainstream übernommen wurden. Zweitens wird mit dem Beitrag von Lal einer der Schlüsseltexte zum Washington Consensus präsentiert. Vor allem aber zeigt die Polemik beider Beiträge, dass politische Wirkungsmacht nicht selten zu lasten wissenschaftlicher Genauigkeit gehen muss. So sieht Bauer in den staatsinterventionistischen Vorstellungen eines Gunnar Myrdals das „Risiko“ einer Entwicklung „in Richtung Sozialismus, wenn nicht gar Kommunismus“ (196). Gleichzeitig schreckt er nicht davor zurück, seine Thesen mit Zitaten aus dem Kommunistischen Manifest zu untermauern (210).

Während sich alle bisherigen Ansätze – vielleicht mit Ausnahme der Neoklassik – zumindest darin einig waren, Industrialisierung als Voraussetzung für Entwicklung und damit Wohlstand zu sehen, wird im fünften Block „Kritiken und Alternativen“ der Begriff Entwicklung an sich hinterfragt. So geht bspw. der so genannte „Postdevelopment-Ansatz“ – hier vertreten durch Ivan Illich und vor allem Arturo Escobar – davon aus, dass heute dominierende Entwicklungskonzepte einen Diskurs begründen, der die Objekte und Realitäten, die er beschreibt und auf die er, etwa durch Entwicklungshilfe, einzuwirken versucht, selbst erst schafft.

Als „Versuch einer These“ ist schließlich ein Text von Amartya Sen aufge-

nommen, in welchem der indische Nobelpreisträger von 1997 Entwicklung als „Prozess der Erweiterung menschlicher Freiheiten“ (281) versteht.

Gänzlich fehlen leider VertreterInnen der Neuen Institutionen Ökonomik (NIÖ). Trotz thematischer Breite der Disziplin hat sie mit ihrem Ausgangsfokus auf interne und externe Institutionen „als die wichtigste Ursache sowohl für historische Stagnation als auch für die derzeitige Unterentwicklung in der Dritten Welt“<sup>1</sup> eine klare entwicklungspolitische Schlagseite. Aber vor allem hat die NIÖ inzwischen den Neoliberalismus als einflussreichste Denkströmung innerhalb von IWF und Weltbank abgelöst, jedoch, ohne dabei zentrale neoliberale Annahmen wie den methodologischen Individualismus über Bord zu werden.

*Johannes Schulten*

## **Monopolistische Nachfragemacht**

*Heinz J. Bontrup/Ralf-M. Marquardt, Nachfragemacht in Deutschland. Ursachen, Auswirkungen und wirtschaftspolitische Handlungsoptionen. Schriftenreihe Kritische Wissenschaften Band 2, Edition MV-Wissenschaft, Berlin 2008, 167 S., 13,80 Euro*

Die Autoren greifen eine Thematik auf, welche trotz ihrer offenkundigen Bedeutung im Wirtschaftsgeschehen für die ökonomische Forschung bis-

her kaum eine Rolle spielte und die in der neoliberalen Wirtschaftspolitik fast vollständig ausgeblendet wird. Es geht nicht – wie man vielleicht annehmen könnte – um die (angebliche) Marktmacht von Konsumenten, der Masse der Verbraucher, als Endabnehmer von Unternehmen, sondern um „Macht von Unternehmen an ihren Beschaffungsmärkten“ (13). Gewissermaßen als Gegenstück zur verschiedentlich untersuchten Angebotsmacht von Großunternehmen wird hier Konzern- und Monopolmacht auf den Zulieferermärkten analysiert, die in Deutschland traditionell durch Klein- und Mittelunternehmen (KMU) besetzt sind. KMU im Zulieferbereich sind in besonderem Maße Betroffene von Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen ihrer Abnehmer. Der infolge Globalisierung und Wirtschaftskrise weltweit verschärfte Konkurrenzkampf um Märkte, Produkte und Preise wird als Druck der Großunternehmen an sie weitergegeben. Wieder ansteigende Zahlen von Unternehmenszusammenbrüchen im KMU-Sektor zeugen von der Verschlechterung ihrer Situation.

Ein kurzer historischer Rückblick zeigt, dass Nachfragemacht in Deutschland in Form von Preisdruck, Termin- und Produktionsvorgaben sowie Einmischung in die Geschäftspolitik seitens Aufträge vergebender Großunternehmen schon immer ein mehr oder weniger großes Problem für Zulieferer darstellte. Die offizielle Wirtschaftspolitik interpretierte in der Vergangenheit wie auch gegenwärtig Nachfragemacht vorwiegend als Form eines den Markt belebenden und voranbringenden

<sup>1</sup> Douglas C. North, Institutions, Institutional Change and Economic Performance, Cambridge 1990.

Wettbewerbs, von dem schließlich auch der Endverbraucher profitiert und sieht ordnungspolitisch keinen Grund zum Eingreifen. In den 1970er Jahren spitzten sich die Probleme in der Zuliefererindustrie infolge der tiefen Weltwirtschaftskrise, die auch die bundesdeutsche Wirtschaft erfasste, und durch die enorme Beschleunigung sowohl internationaler als auch nationalstaatlicher Konzentrationsprozesse zu. Der „Machtmissbrauch“ durch Großunternehmen gegenüber ihren schwächeren Lieferanten gewann in der öffentlichen Diskussion an Bedeutung und fand – wenn auch, wie die Autoren einschätzen, völlig unzureichend – Eingang in das novellierte Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Von den Autoren wird vermerkt, dass in der Realität selbst bei erwiesenem Missbrauchstatbestand betroffene KMU häufig von Klagen Abstand nehmen, da sie Sanktionen seitens der mächtigeren Großunternehmen fürchten.

Die folgenden Ausführungen zeigen, wie der Missbrauch von Nachfragemacht durch die gängigen Wettbewerbstheorien seit Jahrzehnten eine Pseudolegitimation erhält. Sie lassen erkennen, dass die Situation auf den Zulieferermärkten schließlich aus den inneren Widersprüchen des Wettbewerbsprinzips resultiert, mit denen die Theorie nicht fertig wird. Dass „freier Wettbewerb“ und „Selbstheilung des Marktes“ nicht funktionieren können und Regulierungsmaßnahmen erfordern, wurde spätestens von den Ordoliberalen um Walter Eucken erkannt. Von deren Alternative, einen starken Staat als Gegengewicht zu schaffen, sind Theorie und Praxis der neolibe-

ralen Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik allerdings heute mehr denn je entfernt. Es wird erläutert, dass das Wettbewerbsprinzip durch neoliberale Praktiken immer stärker ausgehöhlt wird, dass Konzentration und Machtmissbrauch im Grunde genommen gefördert werden. Zur besseren Vermittlung dieser Entwicklung bestimmen die Autoren drei Gruppen von Mitteln und Formen der Durchsetzung.

Die erste und wichtigste Form stellt demnach die Bildung von Kartellen dar. Zweitens werden „Behinderungsstrategien“ wie Lieferboykotte, Preisdifferenzierung und -diskriminierung sowie Ausschließlichkeits- und Koppelungsbindungen benannt. Drittens wird auf die Konzentrationsstrategien der Großunternehmen als Form von Wettbewerbseinschränkung eingegangen. Diese werden vor allem als Wachstumsstrategien realisiert und umfassen Akkumulationsstrategien sowie unterschiedliche Fusionsstrategien (36ff.). Von der statischen Marktformenlehre grenzen sich die Autoren strikt ab und legen großen Wert auf die Herausarbeitung qualitativer Faktoren monopolistischer Nachfragemacht. „Die Macht, die ein Unternehmen auf einem dieser Märkte ausüben kann“, heißt es, „ergibt sich letztlich erst aus einer Gesamtbetrachtung seiner Position im Produktionsgeflecht“ (72). Vor allem die vertikalen Machtbeziehungen sind entscheidend, wie am Beispiel der Reifenindustrie anschaulich belegt wird. Mit Hilfe von Modellrechnungen wird außerdem versucht, die Differenziertheit und die Veränderlichkeit des konkreten Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisses

im Beziehungsgeflecht zwischen Großunternehmen und Zulieferern zu fassen. Allgemeines Fazit: „Je größer aber die Marktkonzentration auf Seiten der Abnehmer ausfällt, desto eher lässt sich kollusives Verhalten organisieren und stabilisieren.“ (103) Weitere wichtige Faktoren sind Angebotselastizität der Zulieferer und Nachfrageelastizität der Abnehmer.

Ausführlich wird den Entstehungsursachen von Nachfragemacht nachgegangen. Sie werden ebenfalls in drei Komplexen zusammengefasst. Als betriebswirtschaftliche Ursachen sehen die Autoren auf der Seite der Zulieferer hauptsächlich die geringe Größe der Unternehmen, den hohen Spezialisierungsgrad, das begrenzte Finanz- und Innovationspotenzial, das Defizit an Marketing und Vertriebskanälen und ungünstige Vertragsvereinbarungen an, während die nachfragenden Großunternehmen ihre Machtpositionen durch weit günstigere finanzielle, technologische und Absatzbedingungen festigen können. Ein zweiter Ursachenkomplex wird – in Abgrenzung zu den betriebswirtschaftlich bewusst betriebenen Konzentrationsstrategien – als „wettbewerbsimmanente Konzentration“ bezeichnet (109). Diese, heißt es sinngemäß, entspringt den inneren Gesetzmäßigkeiten des Wettbewerbsmechanismus und ist vor allem auf Größenwachstum orientiert. Als Beweis für den Vorteil von Größe wird der Konzentrationsprozess im Lebensmittelhandel näher beleuchtet.

Im dritten Komplex werden gesamtwirtschaftliche Ursachen zusammengefasst. Hier geht es zunächst um die Folgen von allgemeiner Marktsättigung, die für eine bestimmte Schicht

von Unternehmen (KMU-Zulieferer) besondere Auftrags- und Absatzprobleme erzeugt. Da als Marktsättigung weniger ein tatsächliches Überangebot als vielmehr fehlende Kaufkraft verstanden wird, wie die durch Vermögensumverteilung und Arbeitslosigkeit sinkende Binnennachfrage in den letzten Jahren deutlich macht, können die Autoren nachweisen, dass die neoliberale Wirtschaftspolitik selbst eine Ursache für den Aufbau von Nachfragemacht ist. Sie befähigt deutsche Konzerne auch insofern zu ihrer Aneignung und Ausübung von Macht, als sie deren Aufstellung als einflussreiche Global Player direkt und indirekt durch Konzentrationsförderung unterstützt.

Nachfragemacht ist also Monopolmacht (auch wenn die Autoren dies nicht so ausdrücken). Sie gewährleistet Extraprofite und ermöglicht Konkurrenzvorteile. Zugleich fördert sie, wie im letzten Teil des Buches dargestellt wird, die Erosion der Unternehmenslandschaft in Deutschland (127). Die gegenwärtige Schärfe der unternehmerischen Konkurrenz polarisiert und destrukturiert die Unternehmenslandschaft in nie gekanntem Maße und höhlt den viel gerühmten Mittelstand aus, wie anhand vielfältiger Formen und Methoden der Beherrschung und Ausbeutung von KMU durch Großunternehmen aufgezeigt wird. Der Sektor der KMU als Ganzes sieht sich zunehmend diversen Abhängigkeiten, Liquiditätsproblemen, dem Verlust von Innovationsfähigkeit, von Ertrags- und Gewinneinbußen ausgesetzt. Infolge des weitreichenden Wirkungsradius von Nachfragemacht sehen die Autoren deshalb in ihrer Zurückdrängung ei-

nen wichtigen Ansatzpunkt zur Demokratisierung der Wirtschaft, was mit dem notwendigen Wechsel von der angebots- zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik verbunden werden muss. Konkret gehe es erstens um die Verhinderung von Nachfragemacht, zweitens um die Entflechtung der existierenden Machtstrukturen und drittens um die Verhinderung des Missbrauchs der vorhandenen Macht (144). Die Wettbewerbspolitik, besonders eine wirksame Fusionskontrolle sowie die konsequente Anwendung des GWB und des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb könnten dafür instrumentalisiert werden.

Vorliegende Veröffentlichung basiert auf einem Gutachten der Autoren für die Bundestagsfraktion DIE LINKE und stellt einen Beitrag zum Projekt „Alternativen zur Konzernmacht“ der Fraktion dar. Sie enthält eine Fülle von Erkenntnissen und Einschätzungen, die sich auf lediglich 145 Textseiten nur sehr komprimiert ausführen lassen. Theoretische Ableitungen und Erläuterungen politökonomischer Inhalte kommen dadurch etwas kurz. Manche Ausführungen überzeugen nicht restlos. Insgesamt ist das Buch ein Gewinn – nicht nur für das linke Spektrum – was auch dem unkonventionellen Herangehen der Autoren an die Thematik zu verdanken ist. Es bleibt zu wünschen, dass es einen breiten Leserkreis findet, nützliche Diskussionen anregt und weitere Initiativen und Forschungen zum Thema ermutigt.

*Irene Gallinge*

## Kritische Staatstheorie

*Andreas Fisahn, Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, PapyRossa Verlag, Köln 2008, 410 S., 22,90 Euro*

Nachdem der Traum von der immerwährenden Blüte des Finanzmarktkapitalismus spektakulär geplatzt war, entdeckten die Verfechter des „freien Marktes“ urplötzlich wieder den Staat für sich. Von der öffentlichen Hand finanziert, sollen monetäre „Rettungsschirme“ gewaltigen Ausmaßes die Krise meistern helfen, freilich unter Verzicht auf Instrumente einer demokratischen Wirtschaftslenkung und -kontrolle. Dies stößt auf Kritik bei Teilen der SPD und der parlamentarischen Linken. Aber bietet der (National-)Staat von heute überhaupt Ansatzpunkte für die Durchsetzung wirtschaftspolitischer Alternativen, und wenn ja, auf welche Weise? Ist er nicht vielmehr auf die Rolle der Herrschaftssicherung, wenn auch in sich wandelnden Formen, fixiert? Angesichts der gegenwärtigen Situation sind diese Fragen brandaktuell, gleichwohl nicht neu. Seit Marxens Zeiten ist die „Staatsfrage“ immer wieder auch von linken Theoretikern erörtert worden. Andreas Fisahn, der an der Universität Bielefeld öffentliches Recht lehrt, gibt in seinem Buch einen umfassenden Überblick der verschiedenen Theoriegebäude und verbindet dies mit kritischen Kommentierungen.

Die Darstellung setzt mit den verschiedenen Definitionen des Staatsbegriffs ein, so durch Kant, Hegel und Weber. Diese kontrastiert der

Autor mit den Theorien zur Überwindung von Herrschaft, wie sie von Rousseau und Marx formuliert wurden. Sodann behandelt er Demokratie und Menschenrechte als „normative Grundlagen“ moderner Staaten. Unter Rückgriff auf Marx kennzeichnet er die Demokratie als „aufgelöstes Rätsel aller Verfassungen“ (20, 62) und als „widersprüchlichen Klassenkompromiss“. Die Ambivalenz der Menschenrechte als Freiheitsversprechen und Herrschaftssicherung verdeutlicht er anhand des Textes von Marx „Zur Judenfrage“. Kritisiert wird die Reduzierung des bürgerlichen Staates auf seine Funktion als bloße Zwangsmaschine durch Lenin. Auch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, so Fisahn, habe Staat und Politik instrumentell verkürzt. Diese Theorie „wurde durch die Hintertür zu einer Rechtfertigung der politischen Strukturen der autoritären Staatswirtschaften des Ostens, weil der kapitalistische Staat gleich welcher Form – darauf kommt es an – auf eine Herrschaftsmaschine im Interesse der großen Kapitale reduziert wurde“ (108). Dabei übersieht der Autor allerdings, dass es in den 1970er und 1980er Jahren durchaus verschiedene Ausprägungen dieser Theorie gab, wonach die politischen Kräfteverhältnisse ihren Niederschlag auch im Handeln des Staates finden und deshalb Reformschritte unter kapitalistischen Bedingungen durchaus möglich sind. Insoweit wurde auch schon an die von Fisahn referierten Vorstellungen Gramscis vom Kampf um die Hegemonie in der Zivilgesellschaft angeknüpft.

Kapitel II widmet sich der Rolle des

Staates bei der ideologischen Herrschaftssicherung. Der Autor lässt dabei Marx, Gramsci und Althusser zu Wort kommen und beschreibt die Mystifikationen gesellschaftlicher Zusammenhänge, die durch die „arbeitsteilige Marktgesellschaft“ geschaffen würden. Recht anschaulich schildert Fisahn eine heutige Erscheinungsform von Entfremdung: „Erwerbsarbeit wird zunehmend als Job verstanden, der übergangsweise zu erledigen ist, aber die ‚wahre Berufung‘ ist eine ganz andere, die nur nie erfüllt wird. Das trifft nicht nur die ‚Künstler‘, die dem schönen Schein der Glamour-Welt aufsitzen, auf ihre Entdeckung warten, in Wahrheit aber längst unqualifizierte Telefonisten in einem Call-Center geworden sind. Es betrifft auch Menschen mit Hochschulabschluss, die gern in ihrem erlernten, studierten Beruf arbeiten würden, und sich nicht damit abfinden, dass sie längst Taxi-Fahrer oder Kellner geworden sind.“ (127) Nicht in den Blick gerät bei dieser Beobachtung im eher kleinbürgerlichen oder Intellektuellenmilieu allerdings der elementare Wandel der Produktionsweise in den entwickelten kapitalistischen Staaten: Wo im vorletzten und letzten Jahrhundert gemeinsam in großen Fabriken gearbeitet wurde, Solidarität erfahren und sich mehr oder minder ausgeprägtes Klassenbewusstsein entwickeln konnte, bestimmen heute soziale Atomisierung, Selbstdisziplinierung und Konkurrenz als „Arbeitskraftunternehmer“ oder „Ich-AG“ das Feld. Diese Entwicklung findet ihren Ausdruck nicht zuletzt in der Zunahme individualistischer und sozialdarwinistischer Einstellungen

und dem Glauben an echten Wettbewerb bei der beruflichen Karriere, einen der Grundpfeiler „neoliberaler“ Ideologie.

Überzeugend arbeitet Fisahn im Teil über die „materiellen Ressourcen des Staates“ die Ambivalenzen des Rechts als Herrschaftssicherung, zugleich aber als Instrument zur Machtbegrenzung heraus – ein Aspekt, der in der Linken nicht selten zu wenig wahrgenommen wird. In diesem Kontext geht er auf den Begriff der Klassenjustiz näher ein und kritisiert die Verengung des Demokratiebegriffs auf die Legitimation staatlicher Machtausübung in ihrer heutigen Gestalt. Überaus gewinnbringend ist auch die Lektüre des Abschnitts über „neoliberale Verschiebungen“, in der die Unterwerfung nahezu aller gesellschaftlichen Bereiche und eben auch der klassischen Funktionen staatlicher „Daseinsvorsorge“ unter die Logik der Ökonomie, genauer: des betriebswirtschaftlichen Gewinnendens dargestellt wird. „Der flexible Kapitalismus verpflichtet auf ein Denken in ökonomischen Kategorien, das nicht nur an Effizienz orientiert ist, gleich was effizient organisiert wird, sondern an ökonomischen Kosten und wirtschaftlichen Zielvorstellungen. Die staatlichen Apparate werden diesem Denken ebenso unterstellt, von ihm umgeformt und vereinnahmt wie zivilgesellschaftliche Institutionen. Die ökonomische Logik hypertrophiert, durchdringt alle Poren der Gesellschaft, eliminiert Unterschiede und schaltet alle Bereiche der Gesellschaft gleich.“ (398/399) Belegen kann der Autor dies anhand der Privatisierung öffentlicher

Dienstleistungsbereiche, der Praxis des Public-Private-Partnerships, der Verbetriebswirtschaftlichung der öffentlichen Verwaltung auf der Grundlage des „Neuen Steuerungsmodells“ und schließlich der „Reform“ des Hochschulwesens, einem besonders abschreckenden Beispiel „neoliberaler“ Formierung nach den Vorstellungen insbesondere der Bertelsmann-Stiftung. Am Schluss des Bandes folgt eine Kritik an der Absicherung der „offenen Marktwirtschaft“ durch das System der Europäischen Gemeinschaft, die Fisahn entgegen der herrschenden juristischen Betrachtungsweise als Staat qualifiziert, der „weitgehend jenseits der nationalen Kräfteverhältnisse als Projekt der politischen und ökonomischen Eliten gebildet“ worden sei (375).

Leider verzichtet die umfangreiche Darstellung von Fisahn auf eine Erörterung von Ansatzpunkten für die Durchsetzung einer demokratischen Alternative zum „neoliberalen“ Herrschaftssystem.<sup>1</sup> Freilich bleibt auch im Hinblick auf viele andere Publikationen aus der Feder kritischer Sozialwissenschaftler und Sozialwissenschaftlerinnen an die elfte Feuerbach-These Marxens zu erinnern. Vielen durchaus scharfsichtigen Analysen des Ist-Zustandes steht eine gewisse Sprachlosigkeit hinsichtlich konkreter Alternativen gegenüber. Dies gilt weniger für die Ökonomie als für den Bereich der Staatsorganisation. Hier gibt es jenseits vager Formeln noch viel zu tun. Da-

<sup>1</sup> Vgl. aber Fisahns Beitrag in Z 78, Juni 2009, S. 139ff. über „Demokratische Steuerung der Ökonomie“.



für aber leistet das Buch von Fisahn wichtige Vorarbeiten, indem es die bisher entwickelten kritischen Staatstheorien umfassend nachzeichnet und auch die aktuellen Entwicklungen treffend darstellt.

*Martin Kutscha*

## **Kein krummer Hund**

*Alfred Kosing, Innenansichten als Zeitzeugnisse. Philosophie und Politik in der DDR. Erinnerungen und Reflexionen, Verlag am Park, Berlin 2008, 608 S., 25,90 Euro*

Der marxistische Philosoph Alfred Kosing, Jg. 1928, geboren und aufgewachsen in einer Kleinbauern- und Handwerkerfamilie in Ostpreußen, hat fast sein gesamtes berufliches Leben am Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED (ab 1976 Akademie) verbracht. Dorthin war er 1953 als Stellvertreter Kurt Hagers gerufen worden. Beide kannten sich von der Humboldt-Universität in Berlin, wo nach der Gründung der DDR im Oktober 1949 der Mangel an Lehrkräften groß war und der Parteifunktionär Hager ab 1949/50 als ordentlicher Professor für Philosophie, Dialektischen und Historischen Materialismus lehrte und Kosing 1951 noch als Student vor dem Abschluss seiner Staatsexamina schon Oberassistent am Philosophischen Institut und Lehrbeauftragter für das neugeschaffene Grundstudium war.

Am „Gewi-Institut“, das am 1. Dezember 1951 zur Ausbildung von Parteikadern gegründet worden war, leiteten in den ersten Jahren Mitglieder der Parteiführung die Lehrstühle: Kurt Hager für Philosophie, Fred

Oelbner für Politische Ökonomie, Hermann Matern für Geschichte der Arbeiterbewegung, Paul Wandel für Geschichte der KPdSU. Wenig später wurden sie zurückgezogen und Wissenschaftler traten an ihre Stelle. Zu jener Zeit verhielt sich Hager noch wie ein Wissenschaftler, er war für Kritik und Belehrung aufgeschlossen und konnte sich im Falle eines Irrtums öffentlich korrigieren. Kosing folgte Hager als Lehrstuhlleiter Philosophie. Von 1964 bis 1969 leitete Kosing das Philosophische Institut in Leipzig, musste dann aber ans „Gewi-Institut“ zurück. Er war Vorsitzender des Wissenschaftlichen Rates für Philosophie, dem die Koordinierung der philosophischen Forschung in der DDR oblag, und vertrat die Philosophen seines Landes in der Internationalen Vereinigung für Philosophie (FISP), zu deren Vizepräsidenten er gewählt wurde. Das Internationale Institut für Philosophie in Paris wählte ihn zu seinem Mitglied.

Inhaltlich konzentrierte sich Alfred Kosing auf die Erkenntnistheorie und konnte hier zu einer historischen Auffassung der Erkenntnisprozesse und ihrer Instrumente beitragen. Es gelang ihm während seines Intermezzos als Direktor in Leipzig, das dortige Philosophische Institut auf dieser Strecke für Jahrzehnte zu profilieren. Auch in der benachbarten Wissenschaftstheorie war er zu Hause. Innovativ arbeitete er über die Spezifik der Nation in der Entwicklungsreihe der ethnischen Existenzformen der Menschheit und gehörte mit dem Historiker Walter Schmidt vom selben Institut zu jenen Vordenkern, die ein Nachdenken über die

Herausbildung einer sozialistischen Nation in der DDR initiierten. Am Gewi-Institut hat Kosing auch an der Ausarbeitung der von Ulbricht vertretenen Auffassung vom Sozialismus als einer relativ selbständigen Gesellschaftsformation mitgewirkt, und er forschte und publizierte auch nach Ulbrichts Sturz über die Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft. In erster Linie aber schrieb er Wörterbuchartikel, Einführungen in die Philosophie und Lehrbücher.

Nach dem Ende des Sozialismus, der DDR, seiner Partei SED und seines Instituts verstummte Kosing für fast zwei Jahrzehnte. Erstens konnte der aus der Wissenschaft verdrängte Philosoph den Lebensunterhalt der Familie nur durch Arbeit jenseits aller Wissenschaft besorgen, zweitens mochte er sich nicht an einer modischen „Vergangenheitsbewältigung“ beteiligen, die den gestürzten Sozialismus nachträglich kleinreden sollte. Er publizierte nicht und verfolgte auch nicht die Analysen und Memoiren sozialistischer Wissenschaftler. Da ihm beim Umzug in die Türkei, wo er gegenwärtig lebt, zudem die meisten Schriftstücke verloren gingen, verfasste er seine Memoiren vorwiegend aus dem Gedächtnis.

Seine langjährige Tätigkeit in einem mit der Politik unmittelbar verbundenen Wissenschaftsbereich bedingte den „Umgang mit vielen Repräsentanten der Führung der SED und des Staates“, deshalb nennt er seine Erinnerungen auch „Innenansichten“. Er setzt sein Buch gegen Erinnerungen „übereifriger Konvertiten“, deren nachträgliche „Rechtfertigungsversuche“ ihm ein Ausdruck von Charakterlosigkeit sind. „Ich habe

weder die Absicht, mich als ‚Dissident‘ zu gebärden, noch als ‚Widerstandskämpfer‘ oder ‚Bürgerrechtler‘ wie die selbstverliehenen Attribute alle lauten, auch werde ich mich für mein politisches Engagement und meine Aktivitäten vor niemandem rechtfertigen oder entschuldigen. Ich akzeptiere nur eine Instanz, vor der ich mich zu rechtfertigen habe, und das bin ich selbst mit meinem Wissen und Gewissen. Was ich gedacht, getan und geschrieben habe, entsprang der Überzeugung, daß es nach bestem Wissen und Gewissen geschah und unter den gegebenen Umständen meinen Prinzipien und den Zielen, für die ich arbeitete, entsprochen hat.“ (16/17) Gegenüber Dichtungen, Entschuldigungen und Verleumdungen will Kosing „zu einer mehr sachlichen, mehr differenzier-ten Beurteilung und Bewertung des Lebens und der Arbeit, des Denkens und Verhaltens der Bürger in der DDR“ beitragen (15).

Bis 1956 hatte Kosing in der Redaktion der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ eng mit Wolfgang Harich zusammengearbeitet. Er kannte dessen Kritik am Kurs der Parteiführung und stimmte ihr weitgehend zu, lehnte aber Harichs Forderung zum Sturz Ulbrichts ab. Nach Harichs Verhaftung 1956 und Verurteilung 1957 zu zehn Jahren Zuchthaus kam Kosing mit einer Amtsenthebung und einer strengen Parteirüge davon. Doch ließ er sich nicht davon abbringen, Autoritätsaberglauben zu verspotten und öffentlich seine Meinung zu vertreten: „In einer wissenschaftlichen Diskussion gibt es keine Rangunterschiede.“ Und: „Jeder ist so krumm, wie er sich bückt.“

Alle in der DDR vor 1967 erschienenen Gesamtdarstellungen der marxistischen Philosophie folgten, ob explizit oder indirekt, dem Schematismus des 1937 von Mark B. Mitin und Mitarbeitern geschriebenen und von Stalin autorisierten Abrisses „Über dialektischen und historischen Materialismus“. Dieser Kanon dogmatisierter Lehrsätze mochte katechetische Vorzüge haben, auf Marx und Engels konnte er sich nicht berufen, er widersprach krass den Grundsätzen, die marxistische Philosophie postulierte, nämlich historisch und dialektisch zu denken. In der Reformära der 1960er Jahre unternahmen einige Philosophen der DDR unter der Leitung von Kosing einen Anlauf zu einer neuen Darstellung. Es ging ihnen um folgende Kritikpunkte:

a) Überwunden werden sollte die Dichotomie zwischen einem dialektischen Materialismus, der auf die Natur bezogen diese unhistorisch und ohne Vermittlung durch menschliche Arbeit mechanisch-materialistisch sah, und einem historischen Materialismus als angeblicher Anwendung dieses dialektischen Materialismus auf die Gesellschaft. Ein dialektischer Materialismus, der sich allein auf die Natur beziehen soll und die menschliche Tätigkeit in der Gesellschaft in Bezug auf diese Natur ausklammere, bleibe zwangsläufig mechanisch. Ein historischer Materialismus, der ohne die Natur auskomme, mit der die Menschen in der Produktion praktisch zu tun haben, bleibe undialektisch. Die Aufteilung in dialektischen Materialismus einerseits und historischen andererseits trenne Natur und Gesellschaft und

auch Natur- und Gesellschaftswissenschaften voneinander und führe zurück zu spekulativer Naturphilosophie. Und zu welcher der beiden Teile sollte die Erkenntnistheorie gehören? Da sie nach dem Schema zum dialektischen Materialismus geschlagen wurde und angeblich zum historischen Materialismus keinen Bezug hatte, ergab sich die Konsequenz, „daß der vor allem gesellschaftlich determinierte Erkenntnisprozeß lediglich als individueller Vorgang im menschlichen Gehirn vorwiegend am Leitfaden der Sinnesphysiologie und der Psychologie des Denkens abgehandelt wurde“. (234)

b) Überwunden werden sollte eine schematische Gleichsetzung der Relation von Materie und Bewusstsein mit jener von Objekt und Subjekt. Folgerichtig wurde im Buch die These entwickelt, dass die materielle Welt und die Objekte nicht identisch sind. Erst durch die gegenständliche Tätigkeit der Menschen werden Bereiche der materiellen Welt zum Objekt für die Menschheit als Subjekt, indem sie sich mit ihr praktisch-gegenständlich und geistig-theoretisch auseinandersetzen. Die Existenz der materiellen Welt außerhalb von Subjekt-Objekt-Beziehungen ist unbestritten, doch zum Objekt wird sie allein durch die praktische und geistige Aneignung.

c) Die Autoren wollten mit dem Prinzip des historischen Herangehens ernst machen und auch den Gegenstand ihrer Disziplin als historisch produziert begreifen und darstellen, nicht aber als die „allgemeinsten Gesetze der Natur, der Gesellschaft und des Denkens“ fassen, also als ein feststehendes Gebilde *sub specie aeternitatis*.

ternitatis. Diese einmal erkannt, wären dann ein Kanon ewiger Wahrheiten. Als Gegenstand benannte Kosing 1964: „Denn der Mensch in seinem aktiven Verhältnis zur Welt, der konkret-historische gesellschaftlich bestimmte Mensch, mit seinen Bedürfnissen, Schöpferkräften, Fähigkeiten, Sorgen und Nöten, der Mensch, der die Welt und sich selbst durch die Arbeit verändert, steht für Marx [...] im Mittelpunkt des Denkens, und insofern ist auch für die marxistische Philosophie der Mensch der höchste Gegenstand.“ (DZfPH 7/1964, 796f.)

d) Auch die bislang als Ausgangspunkt philosophischen Denkens gesetzte „Grundfrage der Philosophie“, gefasst in der Frage nach dem Primat von Materie oder Bewusstsein, müsse als historisch produziert und nicht als von vornherein gegeben begriffen werden, sie sei unhistorisch gefasst, wenn sie nicht die Vermittlung durch die menschliche Praxis als ihren Produktionsprozess untersuche. Ausgangspunkt des Materialismus von Marx und Engels sei die praktische Tätigkeit des Menschen in der Gesellschaft.

e) Die Autoren um Kosing gingen davon aus, dass es dem Wesen der marxistischen Philosophie widerspricht, „wenn verbindliche Schemata, Strukturen oder Standpunkte in der Philosophie durch irgendwelche politischen Autoritäten oder Gremien festgelegt werden“ (235). Das führe einerseits zu Subjektivismus und andererseits zu politisch motiviertem Dogmatismus.

Das Lehrbuch „Marxistische Philosophie“ erschien 1967. Auch wenn

das gedruckte Buch das Anliegen erst ansatzweise verwirklichte, es war und ist die bisher beste Gesamtdarstellung. Die Autoren waren selbstkritisch genug, notwendige Verbesserungen öffentlich zu diskutieren, denn natürlich hafteten auch diesem Versuch noch die Eierschalen des überwundenen Stalinschen Schematismus an. Zunächst einmal war das Buch ein Erfolg, sehr schnell folgten weitere Auflagen im Inland und bald auch im Ausland. Hager beglückwünschte die Autoren und sagte, „es freue ihn besonders, daß in diesem Buch Ideen aufgegriffen und verwirklicht würden, die er ebenfalls schon lange hege“ (100).

Bald darauf erlag derselbe Hager dem massiven Druck der erbitterten Gegner des Buches, die in der von Breschnew forcierten Rückbesinnung auf Stalin Rückhalt suchten und fanden. Auf einer Veranstaltung des ab 1963 von Margot Honecker geleiteten Ministeriums für Volksbildung kritisierte Hager das Lehrbuch „Marxistische Philosophie“ als revisionistisch und praxisphilosophisch. Doch weigerte er sich, diese öffentlich vorgetragene Kritik den Autoren zugänglich zu machen. Hinter dem Rücken des von Kosing geleiteten Wissenschaftlichen Rates für philosophische Forschung in der DDR gab er den Auftrag, ein Gegenbuch „auf hohem Niveau“ zu schreiben.

Dieses erschien 1971 und hieß wieder „Dialektischer und historischer Materialismus“ und folgte dem alten Schema. Das Autorenkollektiv leitete Götz Redlow, der zuvor aus dem Redaktionskollektiv des Lehrbuchs „Marxistische Philosophie“ auf ge-

meinsamen Beschluss ausgeschlossen worden war. Das „Kosing-Lehrbuch“ wurde weder verboten noch öffentlich kritisiert, sondern administrativ unterdrückt, indem eine weitere, verbesserte Auflage nicht zugelassen wurde. Kurt Hager, schreibt Kosing, unterlag dem in Führungskreisen vorherrschenden Trugschluss, dass freie Diskussion und das Abgehen vom ‚bewährten‘ theoretischen und ideologischen Arsenal die politische Stabilität des Systems untergrabe.

Kosing bemüht sich, in seinen Erinnerungen sorgfältig zwischen seinen damaligen Erfahrungen, Motiven und Werturteilen und seinen heutigen über denselben Sachverhalt zu unterscheiden und letztere explizit auszuweisen. Der Wechsel von Ulbricht zu Honecker brachte für sein Institut schwierige Zeiten. „Es galt als Ideenlieferant für Ulbricht und als Hort des verkappten Revisionismus und der Freigeisterei, während die Parteihochschule unter Hanna Wolf bei Honecker weit höher im Kurs stand. Gegen die These vom Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsformation, die ihren Ursprung ja im Institut für Gesellschaftswissenschaften hatte, wurde eine regelrechte Kampagne geführt, ohne den eigentlichen Sinn dieser Begriffsbildung überhaupt zu begreifen.“ Kosing murrte „laut und vernehmlich gegen Honeckers primitive Anbiederung bei den Arbeitern“ und den demonstrativen Antiintellektualismus, der von der Parteiführung nun gepflegt wurde. Schließlich ergriff er selbst die Initiative und schlug vor, ihn als Lehrstuhlleiter Philosophie und Vorsitzenden des

Wissenschaftlichen Rates abzulösen und mit beiden Funktionen Erich Hahn zu betrauen. So blieb er bis zum Schluss Bereichsleiter an der Gewi-Akademie und kümmerte sich vorrangig um seine internationalen Aufgaben in der FISP.

Kosing hatte keine Machtgelüste. Ungeachtet seiner offenen Kritik am intelligenzfeindlichen Kurs der Honecker-Führung und an Hager, der vor diesem Kurs kapitulierte hatte, blieb Kosing seiner Partei gegenüber stets loyal. Er kritisierte die Selbstgefälligkeit und Beratungsresistenz der Führung, doch formulierte er seine Kritik nicht bis zu einer analytischen Schärfe, die die Struktur des Verhältnisses von Parteiführung und Wissenschaft auf den Begriff gebracht und diese Parteiführung zum Bruch veranlasst hätte. Die Tätigkeit in einem Parteiiinstitut brachte ihm nicht nur Zwänge, sie bot auch Schutz. Kosings offenes Auftreten mochte wie Narrenfreiheit wirken, an der Grundstruktur dieser Führung änderte sie nichts. Kosings Elementarforderung, Begrenzung der Wahlfunktionen auf zwei Amtszeiten, blieb tabu.

Seine Erinnerungen haben viele Vorzüge: Prägnanz und Urteilssicherheit, Lesbarkeit; intellektuelle und moralische Redlichkeit. Der Autor nimmt kein Blatt vor den Mund, wenn es darum geht, Dummheit und Unbildung, Grobschlächtigkeit und Kulturlosigkeit, Überheblichkeit und Anmaßung beim Namen zu nennen. Er scheut sich nicht, moralische Charakteristika zu geben, ganz egal ob es sich um höchste SED-Funktionäre oder Fachkollegen handelt, wobei er zuweilen selektiv verfährt und Nach-

folger auffallend schon. Die Frage, ob und warum bestimmte Sozialcharakteristika für bestimmte Funktionen nicht nur deren Ergebnis, sondern auch deren Voraussetzung waren, stellt er sich nicht.

Memoiren sind keine Monographie, auch wenn Kosings Erinnerungen wichtige Informationen und nicht wenige analytische Passagen enthalten. Doch weder die realen Bedingungen der philosophischen Produktion noch die deklarierte philosophische Kompetenz der Parteiführung sind hier Gegenstand systematischer Untersuchung, sooft auch ihre Elemente ins Spiel kommen.

Eine Ausnahmestellung nimmt das letzte Kapitel ein, in dem Kosing es unternimmt, die Ursachen der Niederlage des Sozialismus herauszufinden und zu dem Resultat kommt, dass subjektive Faktoren die entscheidende Rolle spielten. Seine Erinnerungen, die viele seiner Fachkollegen mit großem Gewinn und offener Freude lesen werden, seien allen Parteigängern des Sozialismus nachdrücklich empfohlen, die ohne Kapitulation vor seinen Gegnern ernsthaft und ehrlich nach Ursachen der eigenen Niederlagen fragen.

*Werner Röhr*

### **Innerlinke Nahost-Diskurse**

*Peter Ullrich, Die Linke, Israel und Palästina. Nahostdiskurse in Großbritannien und Deutschland, Dietz-Verlag, Berlin 2008, 327 S., 19,90 Euro*

Die Ausgangsfrage seiner Studie formuliert der Autor salopp so: „Wie kommt es, dass man mit Karl Marx

auf den Lippen sowohl Geld für die israelische Armee als auch für palästinensische Militante sammeln kann?“

Ullrich vergleicht zur Beantwortung dieser Frage die Diskurse innerhalb der Linken in Deutschland und England über Israel und den Nahen Osten. Er bedient sich dabei des Modells der „diskursiven Gelegenheitsstruktur“: von Land zu Land (ebenso in einer zeitlichen Dimension) bestehen verschiedene kulturelle und politische Rahmenbedingungen (frames), innerhalb derer Auseinandersetzungen zu bestimmten inhaltlichen Fragen stattfinden können. Durch diese frames ist auch festgelegt, was innerhalb des Diskurses sagbar, und was unsagbar ist. Um etwas über das „Unsagbare“ und das viele stillschweigend vorausgesetzte innerhalb der diskursiven Gelegenheitsstrukturen aussagen zu können, bietet sich ein Vergleich zweier Länder an.

Peter Ullrich hat Deutschland und Großbritannien gewählt, da sie sich als Industrienationen mit längerer parlamentarisch-demokratischer Tradition ähnlich genug sind, um erklärende Variablen für die Unterschiede in den innerlinken Diskursen ausmachen zu können.

Seine Untersuchung gliedert er in drei Teile: Im ersten versucht Ullrich, die historischen Bezüge beider Nationen zu Israel und dem Nahen Osten zu klären und die Herkunft der linken Position dazu. Im zweiten Schritt folgt die Auseinandersetzung mit dem Diskurs in der deutschen Linken, im dritten mit der britischen. Der Schlussteil widmet sich den Ergebnissen.

Als Material dienen Texte aus Büchern und Zeitungen, Diskussionen aus EMail-Verteilern innerhalb politischer Zusammenhänge, und vor allem Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern der politisch linken Spektren beider Länder. Jeweils fast 30 politisch aktive Linke unterschiedlichen Alters und politischer Provenienz wurden interviewt.

Die zentralen historischen Bezugspunkte im ersten Teil der Darstellung sind naheliegend: einerseits Großbritannien als Zentrum eines Kolonialreichs, andererseits Deutschland als das Land, in dem der Holocaust organisiert, durchgeführt und von einem großen Teil der Bevölkerung getragen wurde. Daraus ergeben sich Verschränkungen mit dem Nahostdiskurs: in Deutschland im Wesentlichen mit den Diskursen über die Shoa, Wiedergutmachung, den politischen Umgang mit der historischen Schuld und vor allem das Verhältnis zu Jüdinnen und Juden und zum Antisemitismus. In Großbritannien ist der Nahost-Diskurs mit der vergangenen Rolle als imperialer Weltmacht und den sozialpsychologischen Spuren der kolonialen Vergangenheit in der Alltagskultur und Alltagsmentalität verschränkt.

Im zweiten Teil kann Ullrich feststellen, dass dem Thema Nahost hohe Relevanz beigemessen wird, nicht wegen der konkreten Situation im Nahen Osten, sondern in erster Linie auf einer Meta-Ebene: Die deutsche Linke diskutiert vor allem darüber, wie über die Themen Nahost, Antisemitismus, Nation, Antizionismus gesprochen werden kann. Dabei kann Ullrich nachweisen, dass es eine breite „zentristische“, antinationale

Strömung in der radikalen Linken gibt, die sowohl Israel als auch den PalästinenserInnen mit einer gewissen Empathie gegenübersteht, eine pauschale Solidarisierung aber ablehnt und es schafft, zugleich hohe Sensibilität gegenüber dem Antisemitismus zu haben und Israel für seine Aktionen zu kritisieren.

Anschlussdiskurs für den Nahost-Diskurs der britischen Linken ist ihr Schwerpunktthema Antirassismus/Antifaschismus. Ausgangspunkt von Debatten war die starke Präsenz von Muslimen und muslimischen Organisationen bei den Anti-Kriegs-Protesten 2003 gegen den Irakkrieg. Aus anti-rassistischer Sicht wurde dies sehr begrüßt, gerade vor dem Hintergrund stark anti-muslimischer Affekte im Gefolge von 9/11, die sich vor allem gegen die Migranten aus den ehemaligen Kolonien richteten. Teile der Linken beginnen in der Folge einen obsessiven Kampf gegen „Islamophobie“, der sich viele Forderungen der muslimischen community zu Eigen macht, bis hin zur Einführung der Scharia im Zivilrecht. Andere Linke merken, dass sie eigentlich nicht viel mit den Muslimen verbindet, diese in Teilen reaktionäre, religiös-fundamentalistische Positionen vertreten und daneben extrem intolerant seien. Es entsteht ein (zahlenmäßig marginales) „third camp“, das sich bei aller inneren Pluralität einer Parteiergreifung im Konflikt klar verweigert.

Besonders am deutschen Beispiel lässt sich laut Ullrich in Abgrenzung zu Großbritannien zeigen, dass absurd und extrem scheinende Positionen durchaus einen wichtigen Beitrag leisten, um bei allen Beteiligten

ein komplexeres Verständnis der Situation hervorzurufen: Auch VertreterInnen der anti-imperialistischen und anti-zionistischen Linken sehen sich gezwungen, zum Antisemitismus und zur deutschen Vergangenheit in ihrem Verhältnis zum Nahostkonflikt Stellung zu nehmen. Am meisten profitierten davon diejenigen, die sich keiner der Extrempositionen zurechneten, aber eben deshalb weit weniger wahrgenommen werden. Dies ist das zweite wesentliche, durch den Vergleich gewonnene Ergebnis: Der Nahost-Diskurs besteht eben nicht nur aus seinen Extremen, sondern aus vielen Zwischenpositionen und Schattierungen. Ullrich hofft, dass gerade jene Linke mit einer „zentristischen“ Position in der Auseinandersetzung mit den Extremen „eine universalistische und inklusive Menschenrechtskonzeption“ stärken, um nicht in der Parteinahme für eine Seite die eigenen humanistischen Ideale zu untergraben. Ob sich das vor dem Hintergrund der recht hitzig, aber nur von wenigen altbekannten Protagonisten geführten Debatte während der dreiwöchigen israelischen Angriffe im Gaza-Streifen zur Jahreswende 2008/09 wirklich bestätigen lässt, sei dahin gestellt. Ob man Ullrichs Optimismus an dieser Stelle teilt oder nicht: Mit dieser Untersuchung ist ihm ein hervorragender und unbedingt empfehlenswerter Beitrag zur Reflexion über den innerlinken Nahost-Diskurs gelungen.

*Dirk Burczyk*